

Nordrhein-Westfalen Landtag

intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 7. 10. 1986

Kann eine Ausbildungsplatzabgabe jungen Leuten die Berufswelt öffnen?

WORT UND WIDERWORT

Mit einer bundesweiten Umlagefinanzierung würde nicht nur die Verpflichtung von Wirtschaft und Verwaltung verwirklicht, ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen, sondern auch das Problem der Qualität der Ausbildung angepackt. Diese Auffassung vertritt der SPD-Abgeordnete **Joachim Westermann** zum Thema einer Ausbildungsplatzumlage. Der CDU-Abgeordnete **Peter Bensmann** meint dazu, eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe wäre eine Ungleichbehandlung und bestrafe all diejenigen Betriebe, die zur Zeit schon über den eigenen Bedarf ausbildeten. Falls einige Betriebe nicht ausbildeten, seien die Betriebsvertretungen gefordert. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hagen Tschoeltsch** unterstreicht, auch durch die staatliche Finanzierung von Ausbildungswerkstätten in wirtschaftsfernen Verbänden, wie zum Beispiel der Arbeiterwohlfahrt, könne das Problem nicht gelöst werden.

Ohne eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Betriebe werde man die neuen Herausforderungen an die Berufsausbildung nicht bestehen, betont der SPD-Politiker.

Der CDU-Parlamentarier erklärt, in diesem Land gebe es schon genug Staat und Ver-

waltung. Die Ausbildungsplatzabgabe sei keine Hilfe für junge Menschen.

Der F.D.P.-Politiker gab der Hoffnung Ausdruck, bei der gegenwärtigen Entwicklung könnten mehr Jugendliche als jemals zuvor eine Ausbildung beginnen, wenn sie örtlich und beruflich flexibel seien. (Seite 2)

Staatsakt zum 40jährigen Bestehen des Landesparlaments

Land NRW: Ein solides Bauwerk

Mit einem Aufruf an alle Politiker, die parlamentarische Demokratie zu schützen und weiter auszubauen, hat Landtagspräsident **Karl Josef Denzer** den Staats- und Festakt zum 40jährigen Bestehen des nordrhein-westfälischen Landesparlaments am vergangenen Donnerstag im Düsseldorfer Opernhaus eingeleitet.

Vor mehr als tausend Gästen erinnerte Denzer an die Entstehung des bevölkerungs- und industriereichsten Bundeslandes aus den Landesteilen Rheinland, Westfalen und dem ehemaligen Freistaat Lippe, das sich trotz seiner historisch unterschiedlichen Traditionen in vier Jahrzehnten zu „einem standfesten und soliden Bauwerk für 17 Millionen Menschen“ entwickelt habe.

Ministerpräsident **Johannes Rau** würdigte die Aufbauleistungen der Menschen in dem neuen Land. Sie hätten aus Not, Elend und Trümmern eine soziale und politische Ordnung entstehen lassen, die sich längst als stabiler und zukunftsfähiger erwiesen habe, als mancher ihr zum Zeitpunkt der Gründung des Landes vorausgesagt habe.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** dankte den

Kumpeln und Stahlkochern des Ruhrgebiets, die „ganz außerordentliche Leistungen“ vollbracht hätten. (Seite 3)



Beim Festakt: v. l. Landtagspräsident **Karl Josef Denzer**, Ministerpräsident **Johannes Rau**, Ex-Ministerpräsident **Heinz Kühn**, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, Professor **Paul Mikat**, Bundeskanzler **Helmut Kohl** und Ex-Ministerpräsident **Franz Meyers**.
Foto: Schüller

Die Woche im Landtag

Gemeindefinanzierung

Die Opposition im Landtag hat den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1987 und die beabsichtigte Neuordnung der Grunderwerbssteuer bei ersten Beratungen kritisiert. Beide Gesetzesvorhaben stellen einen tiefen Eingriff in die kommunale Finanzautonomie dar. Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) regte Hilfe für strukturschwache Gemeinden an. (Seite 6)

Terrorismus

In diesem Jahr wird sich nach Ansicht des Innenministeriums in Düsseldorf die Zahl terroristischer Anschläge in Nordrhein-Westfalen gegenüber 1985 nicht verringern. Bis zum September wurden bereits 42 terroristische Aktionen registriert, bei denen in einigen Fällen auch Sprengstoff verwendet wurde. Das wurde im Hauptausschuß bekannt. (Seite 11)

Methadon

Über Chancen der Therapie bei jugendlichen Drogenkonsumenten informierte sich eine Kommission des Jugendausschusses in der Schweiz. Das Hauptinteresse galt den Erfahrungen, die von Schweizer Seite beim Einsatz von Methadon gewonnen wurden. Die Kommission suchte auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf auf. (Seite 16)

WORT UND WIDERWORT

Vermehrte Anstrengungen zur Lösung des Lehrstellenproblems

Von
Joachim Westermann

Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres zeichnet sich zum fünften Male in ununterbrochener Folge ein Fiasko für die Chancen unserer Jugend im dualen System der beruflichen Bildung ab. Trotz einer Steigerung der dem Landesarbeitsamt gemeldeten freien Stellen, bei gleichzeitigem Rückgang der gemeldeten Bewerber, schätzt das Landesarbeitsamt, daß ca. 20000 Jugendliche keinen Arbeitsplatz und auch keine andere Bildungsalternative finden werden.

■ Nordrhein-Westfalen hat in einer beispiellosen Anstrengung von 1980 bis 1986 fast zwei Milliarden DM für zusätzliche Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt. Das ist mehr, als der Bund und alle Bundesländer zusammen tun.

■ Die Landesregierung hat ein Gesetz zur Ausbildungsplatzfinanzierung in den Bundesrat eingebracht, das im Wege einer Umlage die nichtausbildenden Betriebe an den Ausbildungskosten beteiligen soll.

Diese Initiative ist, wie bereits in früheren Jahren, an den CDU-regierten Ländern gescheitert. Die SPD wird sich aber weiterhin für berufliche Zukunftschancen junger Menschen durch eine solide Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung im dualen

SPD: Ausbildungsplatz-Umlage ist gerechte Problemlösung

System einsetzen. Der Wirtschaft werden dadurch keine neuen Belastungen zugemutet, sondern die Kosten werden gerecht verteilt.

Mit einer bundesweiten Umlagefinanzierung würde nicht nur die Verpflichtung von Wirtschaft und Verwaltung verwirklicht, ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen, sondern auch das Problem der Qualität der Ausbildung angepackt. Darüber hinaus würde eine solche Umlagefinanzierung die gegenwärtig größere Belastung von Handwerksbetrieben gegenüber Großunternehmen ausgleichen. Durch eine Umlagefinanzierung könnte die verstärkte Ausbildung in zukunftssicheren Berufen gezielt gefördert werden, während das Ausweichen auf weniger aussichtsreiche Berufe, wozu Jugendliche in ihrer Ausbildungsnot gezwungen werden, zurückgedrängt würde.

Ohne eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Betriebe werden wir die neuen Herausforderungen an die Berufsausbildung nicht bestehen.

Von
Peter Bensmann

Seit über 100 Jahren kann das deutsche Handwerk auf eine erfolgreiche, allseits anerkannte Ausbildungsorganisation verweisen. Im europäischen und internationalen Vergleich sind unsere Berufsausbildungssysteme führend und beispielhaft für eine moderne Industriegesellschaft. Den sich ständig verändernden Anforderungen an den Arbeitnehmer von morgen hat die gewerbliche Wirtschaft und Fortschreibung der Berufsbilder Rechnung getragen.

Während noch vor etwa zehn Jahren weniger als 50 Prozent aller Hauptschüler ein Lehrverhältnis anstrebten, sind dieses heute über 90 Prozent. Die demographische Entwicklung stellt uns darüber hinaus zur Zeit vor das Problem, daß außergewöhnlich viele Mädchen und Jungen einen Ausbildungsplatz suchen.

Dank der großen Anstrengungen der Wirtschaft ist es trotzdem gelungen, in dieser Zeit den 1986 bundesweit fast 755000 Lehrstellen Suchenden einen Ausbildungsplatz anzubieten. In Nordrhein-Westfalen war zum Stichtag 30. 9. 85 die Relation offene Stellen zu unvermittelten Bewerbern 1:7, während in allen anderen Bundesländern das Verhältnis nahezu ausgeglichen war

CDU: Bewährtes erhalten und ausbauen

(Baden-Württemberg 1:1) oder in Südbayern (2:1) sogar ein Überangebot herrschte. Die vor diesem Hintergrund immer wieder von der SPD geforderte Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe ist ein Ablenken von der hausgemachten falschen Wirtschaftspolitik der Regierung Rau. Sie wäre darüber hinaus eine Ungleichbehandlung und bestrafte all diejenigen Betriebe, die zur Zeit schon über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Wenn es richtig ist, daß einige Betriebe nicht ausbilden, obwohl sie dieses theoretisch könnten, sind die Betriebsvertretungen gefordert, hier zu reagieren.

Die berufliche Lehrlingsausbildung ist ordnungspolitisch der Auftrag der Wirtschaft und nicht der des Staates. Nur durch die betriebliche Nähe ist gewährleistet, daß der Facharbeiter von morgen den aktuellen technischen Wissensstand erhält. Hände weg vom dualen Ausbildungssystem! In diesem Land gibt es schon genug Staat und Verwaltung. Die Ausbildungsplatzabgabe ist keine Hilfe für junge Menschen, sondern gehört in die Mottenkiste sozialistischer Gleichmacherei.

Von
Hagen Tsochoeltsch

„Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt es, daß die Wirtschaft in diesem Jahr trotz abnehmender Bewerberzahlen ihr Angebot an Ausbildungsstellen noch einmal erhöht hat. Das zeigt, daß die Wirtschaft ihre Verpflichtung gegenüber den Jugendlichen ernst nimmt, trotz der jahrelangen Angriffe der Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf das duale System.“

Durch die Ausbildungsanstrengungen der Wirtschaft werden die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vorschläge ad absurdum geführt, durch Meldepflicht, Ausbildungsabgaben, staatliche Umlagefinanzierung und Verschulung oder Verstaatlichung der Ausbildung das Lehrstellenproblem zu lösen.

Dabei hat sich die Lehrstellensituation überall in der Bundesrepublik gleichmäßig gut entwickelt. In Nordrhein-Westfalen ist die Situation weiterhin schlechter als in anderen Ländern. Hier rächt sich, daß die SPD-Landesregierung jahrelang die Ansiedlung neuer, zukunftsorientierter Unternehmen mit zukunftssicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen vernachlässigt hat. Auch durch die staatliche Finanzierung von Ausbildungswerkstätten in wirtschaftsfer-

F.D.P.: Abgabe verhindert Ausbildung

nen Verbänden wie beispielsweise der Arbeiterwohlfahrt konnte und kann das Problem nicht gelöst werden. Die Situation wird nur verschlechtert, wenn zur Finanzierung dieser wirtschaftsfernen Ausbildung Ausbildungsabgaben in den Betrieben der Wirtschaft erhoben werden sollten.

Erfahrungsgemäß werden im Herbst eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Jugendlichen die mit den Betrieben vereinbarte Ausbildung nicht aufnehmen. Die F.D.P.-Fraktion appelliert an die Betriebe, diese Ausbildungsplätze trotz der Unvernunft mancher Jugendlicher doch noch denen anzubieten, die bisher noch nicht versorgt wurden. Es liegt jetzt aber auch an den nicht vermittelten Jugendlichen, von Traumberufen abzulassen und unter den guten Angeboten an Ausbildungsplätzen auszuwählen und zuzugreifen, die noch immer frei sind und von den Betrieben erfreulicherweise weiterhin angeboten werden. Bei der gegenwärtigen Entwicklung können mehr Jugendliche als jemals zuvor eine Ausbildung beginnen, wenn sie örtlich und beruflich flexibel sind.“

Denzer, Rau, Jenninger und Kohl bei Festakt im Opernhaus

Paul Mikat: „Nicht jeder, der gesät hat, konnte ernten“

In Anwesenheit höchster Repräsentanten des Bundes und des Landes gedachten Landtag und Landesregierung in einem gemeinsamen Staatsakt der Gründung des Landtags Nordrhein-Westfalen vor 40 Jahren. Am Ort des ersten Zusammentritts des von der britischen Militärregierung ernannten Landtags, der Düsseldorfer Oper, stellte Landtagspräsident Karl Josef Denzer nach den Klängen der auch am 2. Oktober 1946 aufgeführten Ouvertüre der tragischen Oper Coriolan von Beethoven und der Begrüßung der über 1000 geladenen Gäste, darunter auch zahlreichen Bürgern aus allen Landesteilen, fest, aus dem zerbrechlichen Rohbau NRW von 1946 sei ein standfestes, bewohnbares, liebenswertes Gebäude geworden. In Grußansprachen würdigten der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger, und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Leistung der Bürger beim Wiederaufbau nach der Zerstörung. Für seine geistreiche und humorvolle Festansprache erhielt der frühere Kultusminister von NRW, Professor Paul Mikat, langanhaltenden herzlichen Beifall.

Landtagspräsident Karl Josef Denzer verwies darauf, daß vor 40 Jahren der Landtag von Nordrhein-Westfalen im Opernhaus zum ersten Mal zu einer Sitzung zusammengetreten sei. Die 40. Wiederkehr dieses historischen Ereignisses sei der Anlaß, den Landtag und Landesregierung gemeinsam mit den Vertretern der anderen Bundesländer, Repräsentanten der ehemaligen Besatzungsmacht, den Mitgliedern des Diplomatischen und Konsularischen Corps, Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften, insbesondere aber auch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern des Landes feierlich begehen möchten. „40 Jahre sind wir nun alt, aus den Kinderschuhen heraus. Abitur und akademische Weihen liegen hinter uns“, sagte der Präsident. Man habe etwas aufgebaut, das sich sehen lassen könne. Was sich in Bayern oder Hessen über Jahrhunderte zusammengefügt haben, hätten Rheinländer und Westfalen erst noch lernen müssen. „Aber ich glaube, daß wir gemeinsam in den letzten 40 Jahren bewiesen haben, daß Rheinland und Westfalen eben doch keine zwei verschiedenen Welten sind“, meinte Denzer. Nordrhein-Westfalen sei aber nicht nur Rheinland und Westfalen. Oft werde der kleinste Landesteil, der ehemalige Freistaat Lippe, vergessen, obwohl das Land Lippe seit Jahrhunderten eine eigene Souveränität und Selbständigkeit besessen habe. Er wolle noch von einer vierten Landschaft und Landsmannschaft reden, fuhr der Präsident fort, dem Ruhrgebiet. In Grenzen und Gestalt fließend, sei doch hier die Keimzelle des Landes, würden hier die Menschen leben und arbeiten, die Nordrhein-Westfalen zum bevölkerungsreichsten Bundesland gemacht hätten, industriemächtiger als „jeder Einzelstaat der Vereinigten Staaten von Amerika“. An allen Höhen und Tiefen der jungen Demokratie Nordrhein-Westfalen seien zu allen Zeiten Politiker beteiligt gewesen, die eines beseelt habe, das beste für ihr Land und die Menschen, die darin wohnen, zu erreichen. Damit seien nicht nur Rudolf Amelunxen, Konrad Adenauer, Karl Arnold, Hans Böckler, Ernst Gnoss, Emil Gross, Fritz Henssler, Carl Severing, Fritz Steinhoff, Christine Teusch, Heinz Kühn, Franz Meyers, Friedrich Middelhaue oder Willi Weyer gemeint, die, jeder auf seine Weise mit unterschiedlichen Überzeugungen, aber mit der Kraft gemeinsamer Verantwortung am Aufstieg dieses Landes mitgewirkt hätten. Gemeint seien auch unzählige Kollegen, deren Namen zwar heute verklungen seien, die „aber wie wir um das bessere Argument, für das bessere politische und gesellschaftliche Konzept“ gefochten hätten. „Ich weiß nicht, wie viele hunderttausend Stunden nordrhein-westfälische Politiker und Abgeordnete zusammengesessen, geschwitzt, gedacht, geredet, gelacht, gelitten, sich versöhnt und gefeiert haben“, sagte der



Landtagspräsident Karl Josef Denzer (r.) im Gespräch mit Bundestagspräsident Philipp Jenninger. Dahinter der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen W. Möllemann (l.), und der Landtagsabgeordnete Professor Kurt H. Biedenkopf. Foto: Schüler

Präsident. Für die gegenwärtige Parlamentsarbeit wünsche er sich etwas mehr Humor, „wie bei unseren Vorgängern“. Das würde das politische Tagesgeschäft menschlicher machen.

Ministerpräsident Johannes Rau betonte, 40 Jahre Nordrhein-Westfalen seien ein Anlaß, auf vier Jahrzehnte demokratischer Entwicklung zurückzublicken. Nordrhein-Westfalen sei ein junges, ein offenes, ein vielfältiges Land mit einer langen Tradition. Die Vielfalt der Teile Nordrhein-Westfalens füge sich zu einem schönen Ganzen, meinte der Ministerpräsident in einem Rückblick auf das Landesfest in Düsseldorf. Aus Not und Elend und Trümmern, aus Schuld seien eine soziale und eine politische Ordnung entstanden, die sich längst als stabiler, als zukunftsfähiger erwiesen habe, als mancher das vor vier Jahrzehnten vorausgesagt habe. „Wir haben miteinander Bergbaukrisen, Stahlkrisen, Ölpreiskrisen gemeistert“, sagte Rau. Man habe ferner Fehler eines gelegentlich hektischen Aufbaus überwunden. „Heute hat dieses Land, entstanden aus den einstigen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen und dem Freistaat Lippe, zu seiner eigenen Identität gefunden“, unterstrich der Regierungschef. Gemeinsam wolle man sich auch den Problemen der Zukunft stellen. Man dürfe dabei nicht vergessen, wie wichtig

die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen, der großen Institutionen sei: die Kirchen, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, Bürgerinitiativen und nicht zuletzt die Medien. Es gäbe viele zu nennen, die sich um Nordrhein-Westfalen verdient gemacht hätten. Mit Bedacht nenne er nur fünf Namen: Dr. Rudolf Amelunxen, Karl Arnold, Fritz Steinhoff, Dr. Franz Meyers und Heinz Kühn. „Eins hat die Menschen bei uns und ihre politischen Vertreter immer ausgezeichnet. In den Lebensfragen dieses Landes haben sie immer wieder zu einem breiten Konsens gefunden“, bekräftigte der Ministerpräsident. Nordrhein-Westfalen, das industrielle Herz der Bundesrepublik und das wirtschaftlich stärkste Bundesland, bleibe geprägt von fortschrittlicher Industrie und modernen Dienstleistungen. Seine Struktur werde sich weiter wandeln, versicherte Rau.

Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger überbrachte den Vertretern von Landtag und Landesregierung, „aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die herzlichen Grüße und Glückwünsche des Deutschen Bundestages“. Mit dem britischen Schritt zur Gründung des Landes sei „im Westen ein lebensfähiges eigenständiges Land entstanden, von dem man erwarten konnte, daß es in einem zukünftigen deutschen Gesamtstaat eine wichtige Rolle spie-

len werde, ohne freilich – wie Preußen – gegenüber den anderen Ländern politische Dominanz gewinnen zu können“. Die einzelnen Landesteile seien damals allein schon von der Notwendigkeit gemeinsamer Aufbaubarbeit zusammenschweißt worden.

In diesem Zusammenhang nannte Jenninger den früheren Ministerpräsidenten Karl Arnold, der es verstanden habe, „in wechselnden Koalitionen und über alle Parteigrenzen hinweg einen breiten und dauerhaften Konsens in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der staatlichen Organisationen bis hin zu den schwierigen Fragen der Schulpolitik zu begründen“.

„Unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland nimmt Nordrhein-Westfalen als das bevölkerungsreichste Land und als eines der bedeutsamsten Wirtschaftszentren Deutschlands, Europas und der Welt eine herausragende Stellung ein“, erklärte der Bundestagspräsident. In der Vielfalt seiner wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen lägen seine Chancen und seine Stärke.

Zwischen Düsseldorf und Bonn habe es in den vier Jahrzehnten viele Wechselwirkun-

gen gegeben; „es bestand nicht immer Gleichklang, sondern oft ein starkes Spannungsverhältnis“. Damit werde man auch weiterhin zu leben haben. Aber zur bundesstaatlichen Ordnung gehöre die Feststellung, daß Bund und Länder aufeinander angewiesen seien und bereit sein müßten zu einer Politik der Verständigung und Zusammenarbeit. Die großen Aufgaben der Zukunft seien nur zu bewältigen, „wenn wir die uns durch die bundesstaatliche Ordnung vorgezeichneten Möglichkeiten der Kooperation zu nutzen und auszuschöpfen bereit sind“.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl begann: „Heute, 40 Jahre nach der Gründung des Landes und am 40. Jahrestag der ersten Landtagssitzung, können wir gemeinsam mit Freude und Sie mit Stolz feststellen: Diese Entscheidung für Nordrhein-Westfalen hat sich gelohnt.“ Sie habe sich für das Land, seine Bürger und auch für die ganze Bundesre-

publik als segensreich erwiesen. „Die Menschen in diesem Lande haben hart und schwer gearbeitet, vor allem in jenen kritischen Jahren vor 1950 – auch zum Nutzen anderer Landschaften und Regionen unseres Landes. Das haben wir nicht vergessen.“ Es sei deshalb wichtig, daß „etwa in Fragen der Kohle, aber auch in anderen Fragen, Solidarität keine Einbahnstraße ist, daß das, was damals von hier kam und gegeben wurde, von anderen auch zurückgegeben wird“.

Nordrhein-Westfalen habe schon bald nach seiner Gründung auf den Wunsch der Deutschen aufmerksam gemacht, mit aller Kraft für den Aufbau, auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, und für die Gestaltung eines sozialen Rechtsstaats zu arbeiten und damit den Beweis angetreten, „daß wir Deutschen aus der Geschichte gelernt haben“.

Er freue sich, daß zu dieser Feier viele Angehörige der Generation der ersten Stunde eingeladen worden seien, auch eine ganze Gruppe von Frauen, die damals ein großartiges Beispiel gegeben hätten, indem sie ihre Kinder großzogen und buchstäblich den Schutt „auch für uns Heutige“ weggeräumt hätten. Zu dem Respekt, den diese Tüchtig-

Kohl schloß mit einem Zitat von Konrad Adenauer, der 1949 vor dem Landtag gesagt habe: „Ich glaube, daß die Arbeit, die in diesem Hause geleistet werden kann, von großer Bedeutung ist, eben nicht nur für Deutschland, sondern für den Aufbau Europas.“ Kohl: „Ich wünsche allen Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens an diesem 40. Geburtstag von Herzen eine friedvolle Zukunft. Ich rufe Ihnen zu: Ein herzliches Glückauf! Ich wünsche Gottes Segen für unser Vaterland.“

Dr. Dieter Klink, Präsident der Bremischen Bürgerschaft, überbrachte die Glückwünsche aller Abgeordneten der Landtage der Bundesrepublik. „Für uns hat gerade Nordrhein-Westfalen genügend Beispiele dafür geliefert, daß in unserer bundesstaatlichen Ordnung häufig auch von einem einzigen Bundesland wichtige Impulse und bahnbrechende Weichenstellungen für das Ganze ausgehen. Von der Kieler Bucht bis zum Bodensee spüren die Menschen, wenn es den Leuten an Rhein und Ruhr gut oder weniger gut geht.“

Draußen lobe man die Bürger in diesem Lande für ihren Fleiß und ihre Fähigkeit, hart zu arbeiten. „Wir kennen ihren Stolz auf das, was sie mit den drei Buchstaben NRW verbinden“, erklärte der dienstälteste Parlamentspräsident aller Bundesländer. „Wir bezeugen diesem Land unseren Respekt, weil es auch in schweren Zeiten zu seiner Bundestreue steht, stets seinen Beitrag zum Ganzen zu entwickeln weiß und dabei die Solidarität zu den anderen Bundesländern nicht vernachlässigt.“

Man sei beeindruckt von der großen Zahl der Persönlichkeiten, die ihren Weg hier im Lande begonnen und später herausragende Verantwortung für unser Land entfaltet hätten. In der Mischung von sozialer und demokratischer Verantwortung sei dieses Land in vielem Vorbild für die gesamte Republik geworden.

Er wolle in dieser Stunde nicht verschweigen, fuhr Klink fort, daß es bei der Gesetzgebung seit langem eine Entwicklung zu Lasten der Landtage gebe – ohne direkte Einbußen für die Landesregierungen, die über den Bundesrat an der wachsenden Bundeskompetenz beteiligt blieben. Der nordrhein-westfälische Landtag habe sich mit den anderen Landesparlamenten immer gegen diese Entwicklung zur Wehr gesetzt und so dazu beigetragen, „die demokratischen Strukturen in unserer Republik stabil zu halten“.

Prof. Dr. Paul Mikat, Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen im Kabinett Dr. Meyers von 1962 bis 1966 und Mitglied des Landtages NRW von 1966 bis 1969, begann seine Festansprache mit der Aufzählung symbolischer Nennungen der Zahl 40 aus biblischen Zeiten bis zur Verankerung im Bonner Grundgesetz, wo 40 Jahre als Mindestalter für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschrieben ist. Mit der Überlegung, daß Zeitzeugen von Ereignissen vor 40 Jahren noch leben, knüpfte er an das Landtagsjubiläum an. Als Anlaß für das Bestehen eines Landes, zumal mit „ehrwürdigen Städten wie Bonn, Köln oder Neuss, die sich ihrer römischen Anfänge rühmen können“, seien 40 Jahre kein sonderlich langer Zeitraum. Nach der Aufzählung wichtiger Stationen der Landesgeschichte stellte Mikat fest, das wechselnde politische Kräftespiel habe es mit sich gebracht, daß Erfolge und Niederlagen gleichmäßig auf die Parteien verteilt gewesen seien: „Nicht jeder, der gesät hat, konnte ern-



Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Festansprache.

Foto: Schüler

keit und Zuverlässigkeit in der ganzen Welt gefunden hätten, „haben die ganz außerordentlichen Leistungen der Bürger Nordrhein-Westfalens entscheidend beigetragen“. Der Bundeskanzler nannte hier vor allem die Kumpel und Stahlkocher des Ruhrgebiets. Er erwähnte eine Reihe von Landespolitikern, die sich ganz besondere Verdienste erworben haben.

„Aus Nordrhein-Westfalen kamen auch entscheidende Impulse für die soziale Neu- und Grundordnung unserer Republik: Betriebliche Mitbestimmung, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Förderung der Familie, Unterstützung der sozial Schwachen.“ In jenen Tagen sei auch die Einheitsgewerkschaft entstanden, „ein wichtiges Erbe der Aufbauzeit, und niemand sollte dieses Erbe leichtfertig aufs Spiel setzen“. Die Montanmitbestimmung von 1951 zeige, „wie zentral Nordrhein-Westfalen als ein Land der Mitte von Anfang an in der Bundesrepublik war“.

ten“, zumal in Wahlkämpfen die Gewinn- und Verlustrechnung oft ohne Blick ins Hauptbuch erstellt werde.

Die Zeitungsseiten beherrschend seien am 2. und 3. Oktober 1946 andere Themen gewesen, nämlich die Verkündung der Urteile des ersten Nürnberger Prozesses gegen die Nazi-Verbrecher. „Wir kamen aus dem Abgrund der Welt des Hasses und der Vernichtung.“ Aus der Geschichte zu lernen heiÙe vor allem, sich der menschlichen Möglichkeiten bewußt zu bleiben, zum Guten und zum Bösen. Zur Landesgründung durch die britische Militärregierung, auf die Prof. Mikat ausführlicher einging, meinte er, der Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen habe sich, von England unbeabsichtigt, durchaus im Einklang mit dem Kräftespiel in den beiden Regionen befunden. Die Entscheidung sei gegen den britischen Deutschlandminister und gerde noch früh genug gefallen, bevor zwei auf Kurt Schumacher und Rudolf Amelunxen gestützte Warnungen vor der Fusion in London eingetroffen seien.

Den Männern und Frauen des ernannten Landtages habe zwar die demokratische Legitimation durch eine Wahl gefehlt. Sie hätten aber die „innere Legitimation des Widerstehens, des Leidens und der Verfolgung“ ge-

habt, die in solchen Stunden Träger der Hoffnung eines Volkes sein könnten. Nach der Aufzählung bekannter Teilnehmer der ersten Sitzung: Karl Arnold, Hans Böckler, Franz Blücher, Ernst Gnoß, Robert Görlinger, Josef Hofmann, Fritz Henßler, Gustav Heinemann, Robert Lehr, Heinrich Lübke, Walter Menzel, Friedrich Middelhaue, Erik Nölting, Hermann Pünder, Heinz Renner, Fritz Steinhoff, Christine Teusch, Helene Weber, Helene Wessel, angeführt von Konrad Adenauer, meinte Mikat, die feierliche Eröffnung habe die zentrale Rolle des Parlaments in der Demokratie verdeutlicht.

Wort und Widerwort

„Wort und Widerwort, das steht als Motto über dem Landtag von NRW“, das bedeute Kampf, Leidenschaft, Auseinandersetzung. „Möge es auch bedeuten: hinhören, abwägen, Offenheit.“ Wort und Widerwort seien nicht Ziel, sondern Mittel zur Findung des rechten Weges. Nach Wort und Widerwort falle in der parlamentarischen Demokratie die politische Entscheidung, dabei bahne sich

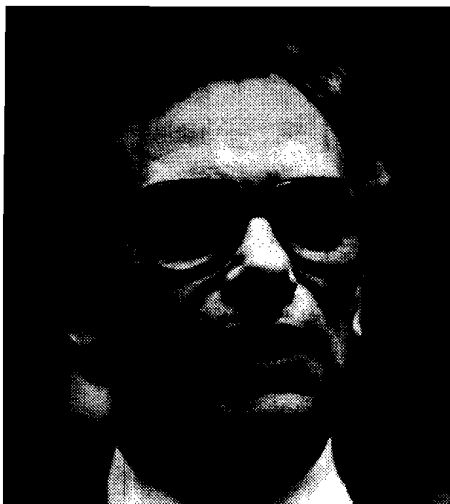
oft jener Kompromiß an, der bei höchst unterschiedlichen Weg- und Zielvorstellungen die freiheitssichernde Mitte wahre.

Nach Verlesen der Präambel der Verfassung und des von Landtagspräsident Gnoß gesprochenen Gelöbnisses führte Mikat die besondere Bedeutung von NRW als dem „sozialen Gewissen“ der Nation aus. In den deutschen und britischen Reden vom 2. Oktober 1946 hätten sich die Konturen Deutschlands noch nicht genau abgezeichnet, „eine hohe politische, kulturelle und soziale Sendung“ der Region sei aber bewußt gewesen. Was als „Wirtschaftswunder“ geleistet worden sei, gehe auf „Anspannung der Kräfte und Leistung“ als Antwort des Volkes auf die Herausforderung der Zerstörung zurück. Das solle auch als Kraft der Gegenwart und Zukunft begriffen werden, sagte Mikat unter dem Beifall der Zuhörer.

Unter Hinweis auf den „gespaltenen Schild“ des Landeswappens meinte der Redner, aus starker Selbstverwaltung und betonten Eigenständigkeiten könne auch „eine gewisse befruchtende, antreibende Kraft“ werden. Bei aller Mischung in den einzelnen Landesteilen habe sich auch viel Typisches und Prägendes erhalten. „Möge es lange so bleiben hier in Nordrhein-Westfalen.“

Straßenlärm drang bis in den Landtag

Lärmgeschädigte Anwohner der Mülheimer Straße Klöttchen atmen auf, nachdem ihre Beschwerden beim Petitionsausschuß des Landtags Gehör gefunden hatten. „Die Stadt schläft, wir nicht mehr“ und Ähnliches hatten sie auf Transparente gemalt, nachdem ihre Wohnstraße wegen Baumaßnahmen in der Innenstadt und einer geänderten Verkehrsführung den Hauptverkehr vom Zentrum in Richtung Oberhausen aufnehmen mußte. Die vernünftigeren Lösung für die Verkehrsführung durch eine Geschäftsstraße drang erst durch, als der Mülheimer Landtagsabgeordnete Franz Püll (CDU), Mitglied des Petitionsausschusses, eine Anhörung mit Bürgern und Behördenvertretern durchführte. Nach der Eröffnung einer neuen Straße mit Unterführung in wenigen Tagen, die das Klöttchen entlastet, wird es Verkehrszählungen und Schallpegelberechnungen geben.



Lärmgeschädigte Mülheimer fanden beim Mitglied des Petitionsausschusses Franz Püll (CDU) Gehör.



Ankunft der Gäste: von links nach rechts Kardinal Joseph Höfner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und Ministerpräsident Johannes Rau sowie von britischer Seite General Sir Martin Farndale (r.) und Aircomodore Croydren. Fotos: Schüler

Menschen versöhnt

Unter dem Titel „Gratulation zum 40. Geburtstag“ hat E. Gröger aus Hagen der Redaktion ein Gedicht zugesandt:

*Nordrhein-Westfalen, faszinierendes Land,
als Europas großes Herz bekannt,
Du warst immer die Hoffungsstation
für Europas verlorene Generation!*

*Hast arbeitsfrohen Menschen Chancen
gegeben,
für ein würdiges, erfülltes Leben;
den Rückkehrern, den Heimat- und Besitzlosen
aus Jugoslawien, Italien, aus Schlesien
und Polen!*

Du hast die Menschen miteinander versöhnt.

SPD gewann in Aachen ein Mandat dazu

Bei einer Wiederholung der Aachener Kommunalwahl von 1984 in drei von 30 Wahlbezirken hat die CDU-Mehrheitsfraktion im Stadtrat am Sonntag ein Mandat zugunsten der SPD eingebüßt. Die SPD erzielte Gewinne, in einzelnen Bezirken bis zu 14 Prozent, und konnte insgesamt sieben Prozent zulegen. Die CDU verlor knapp, die Grünen büßten rund fünf Prozent ein. Insgesamt hatten sich nur gut 58 Prozent der insgesamt 17 000 Wahlberechtigten an der Nachwahl beteiligt. Die CDU behielt jedoch mit 30 Sitzen die absolute Mehrheit. Die SPD wird demnächst von 23 – bisher 22 – Mandatsträgern im Stadtrat vertreten. Sechs Sitze haben die Grünen. Die Wahl war notwendig geworden, weil bei der letzten Kommunalwahl am 30. September 1984 in drei Wahlkreisen Unregelmäßigkeiten festgestellt worden waren.

Wegen Gemeindefinanzierung 1987 und Wegfall der Grunderwerbsteuer:

Opposition von CDU und F.D.P. beklagt „neue Armut“ bei Gemeinden

Heftige Angriffe der Opposition wegen der für 1987 vorgesehenen Änderungen in der Finanzausstattung der Gemeinden mußte sich Innenminister Dr. Schnoor von den Sprechern der Opposition bei der Ersten Lesung des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 1987 und der Änderung der Grunderwerbsteuer (Drs. 10/1252, 10/1253) anhören. Werner Stump (CDU) rechnete einen „Milliardenklau“ zu Lasten der Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände vor. Dr. Horst Riemer (F.D.P.) kündigte harten Widerstand gegen die geplanten Änderungen sowie einen überzeugenden eigenen Gesetzentwurf seiner Fraktion an. Reinhard Wilmbusse (SPD) wies auf Widersprüche der Opposition zwischen der Haltung zur Neuverschuldung und bei den Gemeindefinanzierungen hin. Die Gesetzentwürfe wurden zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

Werner Stump (CDU) sah in den Vorhaben der Landesregierung einen „erneuten Anschlag auf die Gemeindefinanzautonomie“ und einen weiteren Niedergang der Kommunalfinanzen. Die „kommunale Familie“ habe im Kabinett Rau keinen Sachanwalt mehr. Die gemeindefeindliche Politik der Regierung habe bereits 1982 begonnen und werde 1987 fortgesetzt. Der Finanzentzug mache insgesamt einen „Milliardenklau“ aus. Mit der Verbundsatzsenkung und den Mitteln aus der Grunderwerbsteuer würden die Gemeinden die komplette Sanierung des Landeshaushalts bezahlen.

An der positiven Entwicklung im Bundesdurchschnitt hätten die NRW-Gemeinden keinen Anteil, die Fehlbeträge hätten hier 1985 0,6 Milliarden Mark ausgemacht. Der „dickste Hund“ auf der Ausgabenseite sei die Verringerung der Leistungen bei den Sachinvestitionen um minus 33,8 Prozent bei den Gemeinden gegenüber 9,4 Prozent beim Land. Damit seien Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden, vor allem in der Bauindustrie. Um die Einnahmen zu erhöhen, hätten die Gemeinden die Grundsteuern und die Gewerbesteuer drastisch erhöhen sowie Gebühren anheben müssen. 1987 würden Einschnitte im Sozialbereich notwendig, wofür in erster Linie die Rathäuser verantwortlich gemacht würden. Über den Landeshaushalt werde „soziale Kälte“ verursacht. Schwerpunktprogramme der Regierung wie Abwasserbeseitigung, Radwegbau, öffentlicher Personennahverkehr würden mit Gemeindefinanzausgleich sei das Land unberechenbar. Die geplante Neuverteilung der Grunderwerbsteuer nehme den Kreisen ihre wichtigste Einnahme. Beim größten Teil der Kommunen werde unter dem Strich ein Minus herauskommen. Streit zwischen ihnen sei vorprogrammiert.

Reinhard Wilmbusse (SPD) vermißte Rücksicht auf die Konsolidierung des Haushalts im Beitrag des Vorredners, der nur über die Schulden geschimpft und auf der anderen Seite höhere Ausgaben gefordert habe. Städte und Gemeinden müßten ihren Beitrag leisten. Ihnen werde im Haushaltsjahr 1987 der gleiche Betrag zufließen wie 1986, ohne die Änderungsvorhaben wären es 500 Millionen Mark mehr gewesen. Weder Gemeinden noch das Land könnten für das aufkommen, was der Bund beschere. Nach Anhebung der Gewerbesteuersätze erhielten die NRW-Gemeinden heute genausoviel wie 1979, als es noch die Lohnsummensteuer gab. Durch die Bonner Steuersenkungen habe das Land in drei Jahren Mindereinnahmen von 6 bei der

Einkommen- und 1,3 Milliarden Mark bei der Gewerbesteuer zu gewärtigen. Der höhere Anteil an der Umsatzsteuer mache dagegen nur 500 Millionen Mark aus.

Beim Bemühen um einen gerechten Ausgleich zwischen steuerstarken und steuer-schwachen Kommunen sei bisher die Grunderwerbsteuer außen vor geblieben, die aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit heranzuziehen sei. Abgesehen von diesem bedeutsamen rechtlichen Aspekt sei erfreulich am GFG-Entwurf die Steigerung



Redner zu den Entwürfen Gemeindefinanzierung 1987 (v. r.): Reinhard Wilmbusse (SPD), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.), Werner Stump (CDU).
Foto: Schüler

bei den Schlüsselzuweisungen um 6,2 Prozent, womit ein Ausgleich für den Wegfall der Grunderwerbsteuer bei den kreisfreien Städten gegeben sei.

Dr. Horst Riemer (F.D.P.) kritisierte die Begründung im Gesetzentwurf, wonach die Gemeinden nur „eine Art unterer Verwaltungsstelle“ und „landespolitische Manövriermasse“ seien. Nach der Verfassung hätten sie dagegen Recht auf eine Finanzausstattung, die der Eigenständigkeit und Selbstverwaltung entspreche. Das GFG 1987 sei nicht nur kommunal-, sondern auch landespolitisch ein Skandal. Das Land sei zum Kostgänger der Gemeinden geworden. Die vielen Programme würden in ihrer Wirkung dadurch kaputtgemacht, daß den Gemeinden die Luft für viel wirksamere Aktivitäten genommen werde. Den Gemeinden die Grunderwerbsteuer zu nehmen, sei ein doppelt schwerer Fehler. Geradezu gemeingefährlich sei das Vorhaben, durch die Hintertür zu versuchen, die sozialdemokratisch regierten Großstädte wieder zu begünstigen. Die F.D.P. fordere

einen überzeugenden Neubeginn. Eckdaten für einen eigenen F.D.P.-Entwurf, den Dr. Riemer für die nächsten Monate ankündigte, seien mehr Transparenz, mehr Stetigkeit, überzeugende neue strukturelle Grundlagen, Abbau der Zweckzuweisungen, Zugrundelegung realistischer Steuerkraftdaten, Schaffung eines Anreizes zur Konsolidierung aus eigener Kraft, Verstärkung der Investitions-pauschale. Anhebung der Verbundquoten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) verwahrte sich gegen Vorwürfe einer gemeindefeindlichen Politik und der Bevorzugung sozialdemokratischer Städte. Die Opposition mache das Erkennen von Wahren durch böartige Polemik unmöglich und werde den schwierigen Sachverhalten nicht gerecht. Den Gemeinden gehe es noch besser als dem Land. Früher getroffene Ausgabenentscheidungen seien gemeinsam „hausgemacht“ gewesen. Mit den Hebesätzen hätten, wie die IHK Köln nachweise, die Gemeinden ausgeglichen, was durch den Wegfall der Lohnsummensteuer genommen worden sei. Mitverursacht durch „die Lastenverlagerung von der Bundesanstalt für Arbeit auf die

Gemeinden“ seien die hohen Sozialausgaben. Für die Feuerwehr gebe es die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer mit Zuwachs.

Albert Leifert (CDU) bedauerte den Verlust von Verlässlichkeit und Stetigkeit im Verhältnis zwischen Land und Gemeinden „durch neue Tricks wie Streichung des Grunderwerbsteueranteils“. Der Rückgang der Zinsausgaben der Kommunen in den vergangenen drei Jahren lasse auf hervorragende Finanzpolitik der Kommunen schließen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) warf den Sozialdemokraten Milliardenausgaben für politische Schwerpunkte in den „dunklen Jahren“ 1981 bis 1985 als Ursache für die Finanzmisere vor. Durch Wegnahme der Grunderwerbsteuer werde den Kommunen erneut Geld genommen. Sie müßten nun zwangsläufig den fiktiven Hebesatz der Gewerbesteuer erhöhen und die Grundsteuer B angehen, was Mieterhöhungen und steigende Verbraucherpreise bedeute.

Europäische Kampagne für ländlichen Raum

Horst Steinkühler (SPD) erklärte bei der Begründung des Antrages, die SPD-Fraktion begrüße ausdrücklich den Beschluß des Europarates, in den Jahren 1987/88 eine Kampagne für den ländlichen Raum durchzuführen. Mit dem vorliegenden Antrag möchte sie deshalb zu einer aktiven Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an dieser europäischen Aktion auffordern. Den ländlichen Räumen komme eine besondere Bedeutung zu. „Wir brauchen große zusammenhängende Freiräume für den Klimaausgleich, Verminderung der Luftbelastung, die Wassergewinnung sowie den Natur- und Landschaftsschutz“, sagte der Abgeordnete. Er richtete die Bitte an die Landesregierung, sich an der Kampagne zu beteiligen. Unter Hinweis auf den am deutlichsten von der Land- und Forstwirtschaft geprägten Regierungsbezirk Detmold betonte Steinkühler, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und damit der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze nehme ständig ab und jedem werde klar, daß hier etwas geschehen müsse.

Walter Neuhaus (CDU) sagte, die SPD habe eine Initiative der Bundesregierung aufgegriffen. Die CDU unterstütze diese Initiative der Bundesregierung. Man werde auch dem Antrag der SPD-Fraktion die Zustimmung geben. Was aber bei dem Verfahren verwundere, sei die Hektik, „mit der Sie diesen Antrag eingebracht haben“. Neuhaus bezeichnete den Antrag ferner als „mager“. 20 Jahre habe die SPD Zeit gehabt, etwas für den ländlichen Raum zu tun. Aber nichts oder nur wenig sei geschehen.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte, er begrüße es außerordentlich, daß nunmehr auch die SPD in Bereichen der Agrarpolitik ein Bekenntnis zur EG ablege. Deutlich werde, daß sich die SPD der Überzeugung der Oppositionsfractionen CDU und F.D.P. angeschlossen habe. „Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen muß eben mehr sein als nur ein Naturschutzprogramm für Feuchtwiesen, RAMSAR und Gänserastplätze und Bergbauernprogramm.“ Der Abgeordnete äußerte indessen sein Bedauern, daß dieser Antrag ohne Diskussion im Fachausschuß direkt als Auftrag an die Regierung weitergegeben werden solle. Er befürchtete, daß es wieder nur zu einer Selbstdarstellung der Landesregierung reiche.

Johannes Gorlas (SPD) meinte, es sei schon etwas verblüffend, wenn ein Antrag der SPD-Fraktion „auf so euphorische Unterstützung“ der beiden anderen Fraktionen stoße. Dennoch schränkte der Abgeordnete ein, die SPD-Kritik an der EG-Politik, vor allen Dingen an der EG-Agrarpolitik bestehe nach wie vor. Man dürfe nur nicht die Europäische Gemeinschaft mit dem Europarat verwechseln. Das seien zwei verschiedene Dinge. Zur Kampagne erklärte der SPD-Abgeordnete sowie agrar- und umweltpolitische Experte seiner Fraktion, Johannes Gorlas, man halte es für sinnvoll, in einer Zusammenschau einmal alle Förderungsmaßnahmen für die ländlichen Gebiete aufzuzeigen.

Der Landtag hat einem Antrag der SPD-Fraktion zur Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum einhellig zugestimmt. Kritik fand allein das Verfahren. Von den Oppositionsfractionen CDU und F.D.P. wurde bedauert, daß auch keine Überweisung des Antrages (Drs. 10/1304) an den zuständigen Fachausschuß erfolgen sollte.



Im Namen ihrer Fraktionen ein Plädoyer für den ländlichen Raum: v.l. Horst Steinkühler (SPD), Walter Neuhaus (CDU) und Johannes Gorlas (SPD).
Fotos: Schüler

Im Architekturerbe zeigt sich gemeinsame Geschichte Europas

Der Landtag hat einen Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas (Drs. 10/1140) gemeinsam angenommen. Das Vertragswerk ist vom zuständigen Ausschuß des Europarats erarbeitet worden. Dieser Staatsvertrag, von 16 Mitgliedsstaaten des Europarates unterzeichnet, muß nun in innerstaatliches Recht übertragen werden.

Stadtentwicklungsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) wies darauf hin, dieses Vertragswerk habe der zuständige Ausschuß des Europarates in den vergangenen Jahren in Abstimmung unter anderem mit der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik erarbeitet. Es sei von 16 Mitgliedsstaaten des Europarates unterzeichnet worden. Dieses Übereinkommen müsse jetzt in innerstaatliches Recht übertragen werden, damit es Verbindlichkeit erlangen könne. Mit dem Antrag der Landesregierung solle die Zustimmung für das Land NRW herbeigeführt werden. Zum Inhalt sagte der Minister, Denkmäler und Denkmalensembles müßten inventarisiert, gesetzlich geschützt, finanziell gefördert und vor schädlichen Umwelteinflüssen bewahrt werden. Ein weiteres Hauptanliegen sei die Verstärkung der Zusammenarbeit beim Denkmalschutz auf europäischer Ebene bis hin zum Austausch von Fachleuten.

Reinhard Grätz (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte zu dem Antrag: „Dies ist eine gute Sache!“ Er glaube, es gebe fast nichts Besseres, als gerade durch ein solches Zusammenführen der vielfältigen kulturellen Strömungen Europas, die sich in seinem baulichen Bild darstellen, auf der Grundlage eines Abkommens zu festigen und zu demonstrieren. Die Geschichte Euro-

pas sei nicht nur eine Geschichte der Gegensätze, sondern natürlich auch eine Geschichte gemeinsamer Leistungen und des Zusammenklings verschiedener, aber doch verwandter Kulturen, die sich fast nirgendwo besser dokumentierten als in der gemeinsamen Baugeschichte. Als wichtig bezeichnete es der Abgeordnete ferner, daß es „bei uns in Nordrhein-Westfalen“ weit schwerer sei, als es in diesem Entwurf dargestellt werde, einmal unter Schutz gestellte bauliche Objekte wieder aus dem Schutz herauszunehmen. Das Übereinkommen bestätige „unser eigenes Denkmalschutzgesetz von 1980“ und nehme zum anderen Bestimmungen dieses Gesetzes auf.

Dr. Wilfried Heimes (CDU) sagte, das Übereinkommen „ist begrüßenswert und hat unsere Zustimmung verdient“. Bundesrepublik und Bundesländer, also auch NRW, übernehmen eine Mehrzahl von Verpflichtungen: Denkmallisten, Dokumentationen, Meldeverfahren, Überwachungen, Verpflichtungen von Eigentümern und Ersatzvornahmen von Behörden, Enteignungsverfahren, Beachtung des Umweltschutzes einschließlich der Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Der Politiker stellte jedoch die Frage, ob die Regelungen durch das NRW-Denk-

Fortsetzung Seite 23

Ein Drittel des Waldes von neuen Schäden betroffen

Die Situation des Waldes in Nordrhein-Westfalen hat sich offensichtlich wieder verschlimmert. Wie Umweltminister Klaus Matthiesen bei der Einbringung des Landeswaldberichtes 1986 (Drs. 10/1090) erläuterte, sei ein Drittel des Waldes von neuartigen Waldschäden betroffen. Von der SPD-Fraktion wurde deswegen das „Hochgeschwindigkeitsverhalten“ der Autofahrer beklagt. Sprecher der Opposition von CDU und F.D.P. wiesen auf die Vermögensverluste für die Waldbesitzer hin.

Klaus Matthiesen (SPD), Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, erklärte bei der Einbringung, die Darstellung der Waldschadensentwicklung und die Maßnahmen gegen das Waldsterben bildeten den Schwerpunkt des Landeswaldberichtes 1986. Mehr als ein Drittel der Waldflächen in NRW seien von neuartigen Waldschäden betroffen. Für die Forstbetriebe stellten sie eine ökonomische Belastung dar, die bis zur Existenzbedrohung führen könne. Die Auswirkungen seien in den strukturschwachen ländlichen Gebieten, besonders den Mittelgebirgsregionen, besonders gravierend. Die Landesregierung habe das Waldsterben in den Mittelpunkt ihres Umweltprogramms gestellt. In der heutigen Situation gewinne die Arbeit der Landesforstverwaltung verstärkte Bedeutung. Der Minister meinte indessen, daß die Wälder noch weitere Belastungen erfahren, etwa durch konkurrierende Flächenansprüche. Die 1969 getroffenen Regelungen zum Waldbetretungsrecht hätten sich dagegen bewährt. Der größte Teil der Waldbesitzer verhalte sich so, daß schutzwürdige Interessen von Wald, Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt würden.

Herbert Heidtmann (SPD) sagte, das Wort „wenn der Wald stirbt, stirbt auch der Mensch“ sei aktueller denn je. Die Schädigungen hätten 1986 wieder zugenommen. Der Abgeordnete äußerte die Vermutung, Hochgeschwindigkeitsverhalten sei wieder völlig normal. Es werde höchste Zeit, mit

Nachdruck von der Freiheit zur Verantwortung für den Wald zu sprechen und die verantwortungslose Freiheit des besinnungslosen Rasens und die Freiheit der Hersteller von immer schnelleren und leistungsstärkeren Wagen mit all den Schädigungen für Umwelt und Natur anzuprangern. Umdenken tue unbedingt not.

Karl Knipschild (CDU) betonte, die allerwichtigste Funktion des Waldes überhaupt, nämlich seine Eigenschaft als herausragender Vermögenswert für seine Besitzer, sei im Bericht schlichtweg vergessen worden. Es heiße nur lapidar, daß der Kapitalwert des Waldes in NRW auf 20 Milliarden DM geschätzt werde. Der Abgeordnete erinnerte daran, daß sich 67 Prozent des Waldbesitzes in Nordrhein-Westfalen in privater Hand befänden. Von den rund 150000 Waldbesitzern hätten 138000 eine Waldfläche von unter fünf Hektar. Die breite Streuung sei ein unübersehbares Indiz für die große vermögenspolitische Bedeutung des Waldes. Zwei Drittel des Waldes fielen für seine Besitzer als Einkommensfaktor allerdings aus. „Unser Wald ist insgesamt zu jung“, sagte der Politiker. Ertragskraft sei bei dieser Altersstruktur von vornherein nicht gegeben.

Michael Ruppert (F.D.P.) meinte, der Landeswaldbericht werde zum Handbuch für den, der sich über den Zustand des Waldes informieren wolle. „Soweit unser Lob“, sagte der Politiker. Er enthalte allerdings zu wenig

Aussagen für den, der Problemlösungen diskutieren wolle. Das sehe auch der Waldbauernverband so. Mit letzter Sicherheit seien die Wirkungszusammenhänge und die vielfachen Ursachen der Waldschäden nicht geklärt. „Wir stimmen aber mit dem Bericht der Regierung überein, daß ein enger Zusammenhang zwischen Emissionen und Waldschäden besteht“, sagte Ruppert. Er beklagte allerdings, daß nirgends auch nur annähernd quantifiziert sei, wie hoch die Waldschäden in NRW in Mark und Pfennig seien. Der F.D.P.-Abgeordnete begrüßte die Selbstverpflichtung der Industrie zur Emissionsminderung. Kritisch äußerte er sich zum Traum vom blauen Himmel über der Ruhr. Der habe letztlich zur Politik der hohen Schornsteine geführt. Nicht zuletzt diese Politik habe dazu geführt, daß aus dem bisher geographisch begrenzten Problem der Rauchschäden ein flächendeckendes Phänomen des Waldsterbens geworden sei.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erwiderte darauf, seine Bitte sei, daß man nicht kleine Risiken des einen Energieträgers gegen die weitaus größeren Risiken eines anderen aus politischen Gründen ausspiele. Man habe es im übrigen mit realen Fortschritten zu tun. Die Luftreinhaltepläne hätten Fortschritte gebracht. Der Minister räumte gegenüber der Opposition ein, der Aspekt der Vermögens- und Eigentumswerte solle im nächsten Bericht stärker herausgearbeitet werden.

Situation der Kindergärten

Die Situation der Kindertageseinrichtungen stand im Plenum zur Debatte. Die CDU hatte beantragt, ihre Große Anfrage 4 zu diesem Bereich auf die Tagesordnung zu setzen, obwohl die Antwort der Landesregierung noch nicht vorlag (Drs. 10/1001).

Georg Gregull (CDU) erläuterte, seit 1972 sei das Kindergartengesetz in Kraft. Es habe sich insgesamt positiv ausgewirkt. Wenn im Lande auch eine fast 75prozentige Bedarfsdeckung errechnet werde, so könne von einem bedarfsgerechten Angebot in keiner Weise gesprochen werden. Es gebe eine Fülle von Wohngebieten, wo die Bedarfsdeckung unzureichend sei. Der Bedarf an Hortplätzen lasse sich nur schwer ermitteln. Aber es gebe auch hier Wartelisten. Ferner bestehe Nachfrage nach Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) unterstrich, der guten Zusammenarbeit mit allen Kindergartenträgern und Kindergartenpolitikern fern aller sonstigen politischen Unterschiede verdanke man

den Aufbau des hervorragenden Kindergartensystems im Land. Mit rund 390000 Plätzen in Tageseinrichtungen für die in 15 Jahren rund eine Milliarde aufgewendet habe, garantiere man heute landesweit drei von vier Kindern einen Platz im Kindergarten.

Andreas Reichel (F.D.P.) meinte dagegen, welche Bedeutung Kindertageseinrichtungen für die Politik der Landesregierung hätten, zeige schon die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor einem Jahr. Fast jede Gruppe sei darin erwähnt. Zum Thema

Kind finde sich da keine Silbe. Der Politiker forderte, es solle ein Konzept über familienergänzende Angebote verdeutlicht werden.

Marie-Luise Morawietz (SPD) vertrat die Ansicht, gerade im Bereich Kindergärten brauche die Landesregierung sich nichts vorwerfen zu lassen. An die CDU gewandt, sagte sie: „Obwohl Sie mit Ihrer Großen Anfrage keine grundsätzlich neuen oder aufregenden Themen ansprechen, freuen wir uns über Ihr Interesse an diesem wichtigen Bereich unserer Bildungs- und Familienpolitik.“



Gute Stimmung im Plenum.

Foto: Schüler

Entwicklungsbericht '84:

Eine positive Leistungsbilanz oder amtliche Schönfärberei?

Einstimmig hat der Landtag am 19. September den Landesentwicklungsbericht 1984 zur Kenntnis genommen. Er folgte damit einer Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung. Dem Plenum lagen ferner ein Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion (Drs. 10/1107) und ein Entschließungsantrag der CDU (Drs. 10/1320) vor. Der Antrag wurde abgelehnt, der Entwurf an den Unterausschuß zur Beratung überwiesen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Bernhard Worms (CDU) warf dem Ministerpräsidenten vor, mit diesem Entwicklungsbericht habe er erneut die Chance vertan, „den Einstieg in die industrielle Zukunftswelt zu wagen. Die großartige Aufbruchstimmung auch in unserem Lande nutzen Sie leider nicht.“ Er, der Ministerpräsident, hätte beweisen können, „was ein Regierungschef, ausgestattet mit der absoluten Mehrheit, zu leisten in der Lage ist, um unser Land zu neuen Ufern zu führen“. Seine Fraktion nehme den Bericht zwar zur Kenntnis, gebe ihn aber „zurück zur Überarbeitung“. Viele die Bevölkerung interessierende Fragen blieben ohne Antwort, etwa die Folgerungen aus dem Wandel der Bevölkerungsstruktur, Gefahren und Möglichkeiten neuer Technologien oder die Veränderungen in der Arbeitswelt. Worms' Schluß: „Der von Ihnen vorgelegte Bericht erfasst eben nicht die wirklichen Schwerpunkte der Landesentwicklung ... Statt eines Entwicklungsberichts, der den Gesetzauftrag erfüllt hätte, erhalten wir einmal mehr eine ausführliche Beschreibung der Tätigkeiten der vielen hundert Referate aus den Landesministerien.“ Der Sprecher übte deutlich Kritik an der Familien- und Bildungspolitik der Regierung. Der SPD warf er vor, sie betrachte das gegliederte Schulwesen „nur als Durchgangsstadium zur Gesamtschule“. Für den Fall des Ausstieges aus der Kernenergie sagte er erhebliche Wohlstandsverluste voraus.

Fraktionsvorsitzender Professor Friedhelm Farthmann (SPD) meinte: „Mäkeln an diesem Bericht nutzt dem Land und seinen Bürgern überhaupt nicht.“ Er, Farthmann, finde im Bericht zahlreiche Anregungen aus der Arbeit der SPD-Parlamentsfraktion wieder, der Bericht sei eine „hervorragende Grundlage, um in den Arbeitskreisen und Ausschüssen intensiv damit zu arbeiten“. Die Leistungsbilanz der Landesregierung könne sich sehen lassen, fuhr er fort. Es könne keine Rede davon sein, daß das Land heruntergewirtschaftet sei; die Daten sprächen anders. „Nordrhein-Westfalen ist ein modernes Industrieland, in dem die Menschen, die Bürger, so hoffen wir, gern leben und leben wollen.“ Diese Politik sollte die Opposition stützen und durch zusätzliche Anregungen verbessern, „aber sie nicht in Grund und Boden verdammen und herunterreden“. Die zentrale Aufgabe für die Zukunft sei die Wiederher-



Ihre Stellungnahmen zeigten die Bewertungsunterschiede der Fraktionen in Sachen Landesentwicklungsbericht auf: Gerhard Wendzinski (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU) und Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.). Foto: Schüler

stellung der Vollbeschäftigung; aber dies übersteige die Kraft eines Landes; das sei vor allem Aufgabe der Bundespolitik, über die am 15. Januar abzustimmen sein werde. Der Abgeordnete schloß: Der Bericht sei eine positive Bilanz sozialdemokratischer Regierungsverantwortung und eine gute Grundlage zur Beurteilung der Regierungspolitik.

Schulpolitik

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) wertete den Bericht als bloße Zustandsbeschreibung ohne Konzept und ohne Perspektiven. Sie warf der SPD vor, sie wolle den Menschen nicht neue Chancen eröffnen, sondern sie mit „Umwelt-, Sozial-, Ideologie- und sonstigen Verträglichkeitsprüfungen, kurz, mit moralinsaurem Besserwisseri, entmündigen“. Die Abgeordnete forderte Umorientierungen in der Hochschulpolitik, in der Hochschulbauförderung und im Rundfunkwesen, wo neue Anbieter faire Wettbewerbschancen vorfinden sollten. Es sollte ein privatwirtschaftlich orientiertes Landesmediengesetz verabschiedet werden, „also keine Spielwiese für Aussteiger, Indoktrinierte und Propheten“. Ihre Fraktion fordere eine Sachverständigenkommission zur Begutachtung der wirtschaftlichen und der Landesentwicklung. „Haben wir in NRW nicht Führungsstrukturen, die das Unternehmen NRW lähmen und bremsen, anstatt es nach vorn und an die Spitze der Entwicklung zu bringen?“

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) nannte es das größte Mißverständnis, davon zu sprechen, das Land und das Ruhrgebiet müßten wieder attraktiv gemacht werden. Das sei ein „Oppositionsbild, eine Sinnestäuschung“ und habe nichts mit dem Empfinden der Menschen hierzulande zu tun. Bei einem Vergleich sei festzustellen, „wie sich das Gesicht unseres Landes gewandelt, verändert und verbessert hat“. Zur Schulpolitik und Gesamtschule meinte er, das Elternrecht, das die CDU in die Verfassung geschrieben habe, gelte nicht nur zu Zeiten geburtenstarker Jahrgänge, sonder immer. Das Land sei auf vielen, nicht auf allen, Bereichen vorn, fuhr

Rau fort. Hier sei ein Kulturstandort entstanden, das Land bilde den größten Binnenmarkt Europas, biete ein differenziertes Bildungssystem und habe die dichteste Hochschullandschaft. Es gebe optimal ausgebauten Infrastrukturen, die Städte verfügten über hohe Wohn- und Lebensqualität. „Nordrhein-Westfalen hat eine gute Zukunft“, stellte der Ministerpräsident fest. Man habe Grund zum Feiern und könne stolz auf das Erreichte sein.

Dr. Helmut Linssen (CDU) regte zum Nachdenken darüber an, ob der Bericht nicht zu „einer Darstellung regierungsamtlicher Politik degeneriert“ sei und damit seinen ursprünglichen Sinn verloren habe. In ihm werde viel über die Vergangenheit, aber wenig über die Zukunft gesagt; aber es müßte sich genau umgekehrt verhalten. Bei der gemeinsamen beklagten Arbeitslosigkeit stelle sich doch die Frage, weshalb die Quoten im Süden sich anders entwickelt haben.

Michael Ruppert (F.D.P.) legte dar, seine Fraktion wolle mit ihrem Antrag das Handwerkszeug für die Parlamentarier verbessern. Den von der Regierung vorgelegten Bericht nannte er eine geschönte Zustandsbeschreibung; ihm fehlten die Perspektiven für die Zukunft. Für die parlamentarische Beratung benötige man jedoch eine „interessenungebundene Situationsbeschreibung unseres Landes“ durch unabhängige Sachverständige. Die Landesregierung müsse dann sagen, welche Folgerung sie aus den Prognosen zu ziehen gedenke. Das Verfahren des Berichts müsse geändert werden.

Gerhard Wendzinski (SPD) qualifizierte den F.D.P.-Antrag als „falsch, ungerecht und eine Entmündigung des Parlaments“. Auch der CDU-Entschließungsantrag könne die SPD nicht zustimmen; sie sei mit „heißer Nadel gestrickt“. Kritik übte er an der Energiepolitik der RWE, die die Förderung statt der parlamentarisch abgesicherten 120 Millionen auf 95 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren wolle. Es sei eine falsche Unternehmenspolitik, billigen Braunkohlestrom abzuschalten und dafür teuren Atomstrom aus Süddeutschland einzuspeisen.

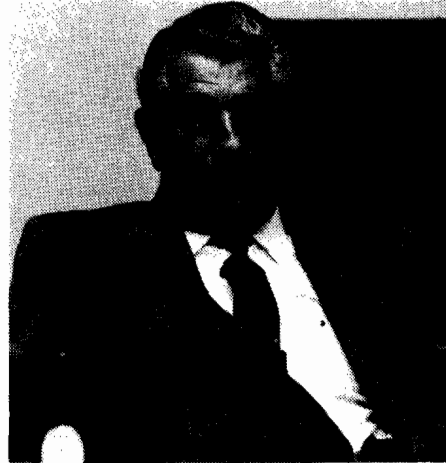
Untersuchungsausschuß hört zwei Zeugen von der Wohnungsbauförderungsanstalt

Zwei Zeugen hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß II in öffentlicher Sitzung am 23. September vernommen: Dr. Karl Heinz Engelbergs (66), bis Ende April 1984 als WFA-Vorstandsmitglied für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich, und Friedrich Kinnigkeit (66), vor seinem Ausscheiden Anfang August 1985 zuständig für die Bereiche Darlehensverwaltung, Bürgschaften, wirtschaftliche Prüfung und Veräußerung sowie Verwertung angesteigerter Grundstücke.

Dr. Engelbergs erläuterte die Praktiken des Rettungserwerbs und das Verfahren, mit dem sich die WFA möglichst schnell wieder von den notleidenden Objekten trennte: Es sei ein „Paket mit Rosinen und Lockvögeln zusammengeschnürt worden, unter dem auch solche „Schätzchen“ gewesen seien, von denen man sich habe schleunigst trennen wollen. Er habe es merkwürdig gefunden, daß „immer Herr Theissen angesprochen“ worden sei; aber das hätte andererseits auch jede andere Bank so gemacht, um sich von Rettungserwerben vernünftig zu trennen. Er, Engelbergs, habe nicht gewußt, daß die Kaufangebote der WFA in so gravierender Weise vom späteren Kaufpreis abwichen.

Ihm sei Heinrich Theissen als Makler und Beauftragter der Firma Interbau bekannt gewe-

Zeuge erinnert sich an „allgemeine Klage“ über angebliche Benachteiligung einer Firma



Friedrich Kinnigkeit bei seiner Einvernahme durch den Ausschluß. Foto: Schüler

sen, erklärte Friedrich Kinnigkeit in seiner Befragung durch den Ausschluß. Er habe auch gewußt, daß Theissen einmal auch auf eigene Rechnung tätig geworden sei. Im übrigen habe er das Verfahren, wie sich die WFA von ihren Rettungskäufen trennte, „für wirtschaftlich vernünftig und als absolut richtig“ beurteilt. Auf die Frage, ob er politisch angegangen worden sei, um Theissen und die Firma Interbau bevorzugt zu behandeln, antwortete Kinnigkeit: Es habe eine Klage gegeben, daß Interbau „nicht gut genug“ behandelt würde. Die entscheidende Anfrage eines Abgeordneten – er könne sich nicht an den Namen erinnern, wisse aber, daß es sich um einen Landtagsabgeordneten aus der Region gehandelt habe – habe er „sehr zurückhaltend beantwortet“; danach habe er nichts mehr davon gehört. Es habe sich um eine „allgemeine Bemerkung gehandelt über die Benachteiligung eines einzelnen oder einer Firma“, aber es sei keine Frage zu einem konkreten Vorgang gewesen.

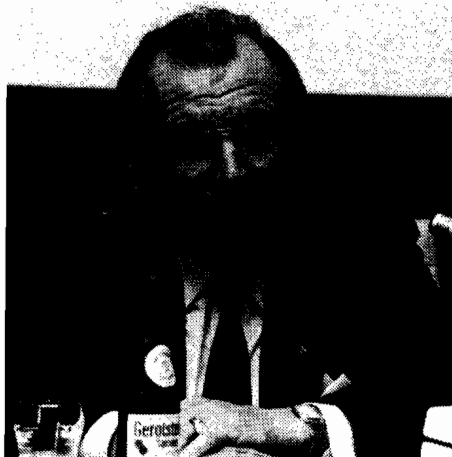
Im Verlauf der mehrstündigen Vernehmung räumte Kinnigkeit auf Frage des Ausschlußvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) ein, daß es sich bei diesem Abgeordneten um Friedrich Schreiber (SPD) gehandelt habe. Der Zeuge teilte ferner mit, daß er im Aufsichtsrat der Neuen Heimat in Essen sitzt. Über den Antrag auf Vereidigung des Zeugen Kinnigkeit wird noch entschieden.

Halbe Klarheit über Parteispenden-Gespräch Possers mit Pohl

„Unrichtig ist, ich hätte über mehr als Vaduz gesprochen“, sagte Finanzminister Dr. Diether Posser (SPD) als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der den Kenntnisstand der Finanzbehörden über illegale Praktiken der Parteienfinanzierung klären soll. In der vom Vorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) geleiteten öffentlichen Sitzung hatte zunächst der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Ottmar Pohl über ein Gespräch mit Posser im Frühjahr 1976 ausgesagt, es sei dabei nicht nur um den konkreten Verdacht gegen einen CDU-Verlagsleiter gegangen. Vielmehr habe er (Dr. Pohl) im Auftrag des CDU-Landesvorsitzenden Köppler die Bereitschaft Possers erfragen sollen, die Umwegfinanzierung über Spendenvereine auf eine rechtlich einwandfreie Basis zu stellen. Hierzu habe Posser auf den ungünstigen Termin ein halbes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hingewiesen, zu dem in Bonn keiner auf das Thema eingehen werde. Dr. Posser bestritt diesen Teil des Gesprächs: „Man redet nicht mit einem Landesminister“, wenn in Bonn etwas geändert werden solle. An das vom CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep in einer früheren Vernehmung erwähnte Gespräch am Rande einer Finanzministerkonferenz im letzten Quartal 1979 über den Fall des Steuerhinterziehers Viktor Langen konnte sich Posser nicht erinnern. Kiep habe nur dreimal an diesen vierteljährlichen Konferenzen teilgenommen. Das Thema Umwegfinanzierung der Parteien sei dabei nicht erörtert worden, auch nicht am Rande.

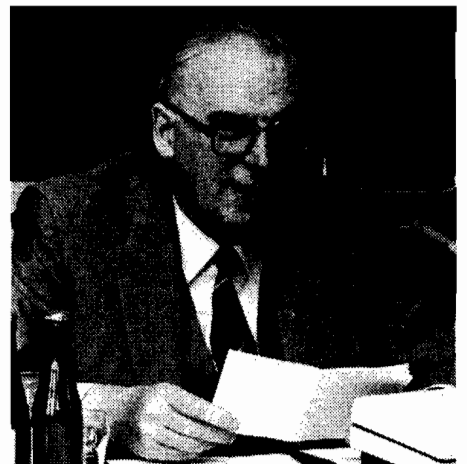
ministers an untergeordnete Stellen, über Verfahren zur Aufhebung der Gemeinnützigkeit bei den verdächtigten Vereinen, Rückfragen und Nachprüfungen, Berichte an politische Institutionen oder Erörterungen unter den Finanzministern erfahren wollen. Posser sagte aus, er habe nichts unternommen, er habe auch nichts zu unternehmen gehabt, es sei eine „Wahnsinnsvorstellung“, daß sich der Minister in so etwas einschalte.

Außer Dr. Pohl und Dr. Posser waren noch die frühere Justizministerin Inge Donnep, die im Fall Langen 1979 kurzzeitig als Possers Vertreterin fungiert hatte, sowie der seinerzeitige Präsident der Oberfinanzdirektion, Dr. Haacke, Generalstaatsanwalt Knipfer und Staatsanwalt Jacobi befragt worden.



CDU-Abgeordneter Dr. Ottmar Pohl sagte über ein Gespräch mit Dr. Diether Posser (SPD), damals Justizminister, im Frühjahr 1976 aus.

Auch sein von ihm selbst erwähntes Gespräch mit dem Bonner SPD-Politiker Jahn, das ihm vom F.D.P.-Ausschußmitglied Rupert vorgehalten wurde, brachte Posser nicht davon ab, bei dem Gespräch mit Dr. Pohl sei die Rechtmäßigkeit der Spendenpraxis nicht Inhalt gewesen. Es sei nur um die fingierten Gutachten für die Europäische Unternehmensberatung in Vaduz gegangen. Von der Umwegfinanzierung über Spendenvereine wie im Fall Langen habe er erst im Oktober 1979 erfahren. Die Fragen von Ausschlußmitgliedern, insbesondere vom CDU-Abgeordneten Professor Biedenkopf, nach politischen Konsequenzen beantwortete der Finanzminister mit dem Hinweis, daß zu dem Zeitpunkt die Steuerfahndung bereits eingeschaltet gewesen sei und ordnungsgemäß weitergearbeitet habe, ferner, daß der Fall Langen an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden sei. Biedenkopf hatte konkret etwas über Weisungen des damaligen Justiz-



Finanzminister Dr. Diether Posser (SPD) als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß beim Verlesen einer Erklärung. Fotos: Schüler

Aktuelle Viertelstunde im Hauptausschuß - Beratung des Haushalts

Keine Abnahme terroristischer Anschläge zu erwarten

Das nordrhein-westfälische Innenministerium rechnet für 1986 nicht mit einem Rückgang terroristischer Anschläge im Land NRW. Im Vorjahr wurden 86 Terroranschläge registriert, davon zwölf, bei denen die Täter Sprengstoff verwendeten. Im Vergleich von 1984 zu 1985 hat sich damit die Zahl der Terroraktionen in NRW mehr als verdoppelt. Das teilte Staatssekretär Dr. Eberhard Munzert vom Innenministerium in einer Aktuellen Viertelstunde im Hauptausschuß des Landtags mit, der unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Wilfried Heimes (CDU) tagte.



Der Hauptausschuß bei seiner Sitzung unter dem Vorsitz von Dr. Wilfried Heimes (CDU), 2. v. r. Links neben ihm Staatssekretär Munzert, der über den Terrorismus Auskunft gab. Foto: Schüler

Im Bundesgebiet wurden im Vorjahr laut Munzert 331 Terroranschläge verübt, 25 Prozent mehr als 1984. In 75 Fällen kam Sprengstoff zum Einsatz. In Nordrhein-Westfalen wurden bis zum September insgesamt 42 terroristische Anschläge gezählt.

Munzert verwies darauf, wie schwer es sei, die Tätergruppen untereinander abzugrenzen. Da würden zum einen Terrorakte nachhaltig und systematisch zur Verfolgung politischer Ziele begangen, wobei schwere Straftaten erfolgten. Zum anderen gebe es Gewalttätigkeiten, die politisch motiviert würden, bei denen aber Aggressionen und Frustrationen eine Rolle spielten, zum Beispiel bei Anschlägen gegen Straßenbauprojekte oder militärische Anlagen. Das auseinanderzuhalten, sei nicht ganz einfach, so Munzert. Die größte Bedrohung geht nach seinen Angaben derzeit vom inländischen Terrorismus aus. Am spektakulärsten sei in Nordrhein-Westfalen der Anschlag auf das Bundesamt für Verfassungsschutz am 8. September gewesen, bei dem ein „Selbstlaborat“ aus 47 Metern Entfernung elektrisch über Kabel gezündet worden sei.

Der Staatssekretär unterschied vor dem Hauptausschuß vier Terroristengruppen: die RAF, die Revolutionären Zellen/Rote Zora, terroristische linksextreme Kleingruppen sowie militante Autonome. Im Bereich der RAF gibt es nach seiner Darstellung wiederum vier Ebenen. Da sei zunächst der Kommandobereich mit etwa 20 Personen im Bundesgebiet, die schwerste Straftaten bis hin zum Mord begingen, dann die illegalen militanten Gruppierungen, die auch Personenschäden in Kauf nähmen, sowie den „legalen“ RAF-Bereich, der politische und logistische Unterstützung leiste, und zuletzt die Inhaftierten, die Kontakt nach außen unterhielten.

„Die Grenzen zwischen den Gruppen sind für uns schwer durchschaubar und fließend“, gestand Munzert ein. Vor allem in die Kleingruppen ist nach seinen Worten nur schwer Einblick zu gewinnen. Die militanten Autonomen, die in Einzelfällen ebenfalls schwere Straftaten begingen, bezifferte er im Bundesgebiet auf 1500 bis 2000 und in Nordrhein-

Westfalen auf rund 300. Kontakte deutscher und ausländischer Terroristen seien zu vermuten, aber nicht mit letzter Sicherheit zu belegen. Es müsse jedoch mit weiteren Anschlägen von Ausländern auf deutsche Einrichtungen, Flugzeuge und Schiffe gerechnet werden. Auch den Versuch der Freipressung von Gefangenen schloß Munzert nicht aus. Rechtsterroristische Anschläge seien dagegen zur Zeit nicht abzusehen. Sie könnten „außer Betracht“ bleiben.

Die Staatskanzlei und das Ständehaus

Bei seiner Sitzung beriet der Hauptausschuß das Haushaltsgesetz 1987. Bei der Erörterung des Einzelplans 02 berichtete der Chef der Staatskanzlei, Dr. Dieter Leister (SPD), auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Helmut Eifring, es habe eine grundsätzliche Entscheidung im Kabinett gegeben, wonach ein Umzug des Ministerpräsidenten in das alte Ständehaus nach dem Auszug des Landtags in Betracht komme. Es bestünde die „grundsätzliche Tendenz“, die Staatskanzlei in dem historischen Gebäude unterzubringen. Leister verwies jedoch auf Bemühungen von Denkmalschützern, den Plenarsaal unverändert zu lassen. Der Staatssekretär sagte eine „positive Prüfung“ zu, konnte aber nicht mit Sicherheit sagen, ob es zu dem Umzug kommen werde.

Bei der Beratung dieses Einzelplans wurde auch das neue NRW-Büro in Brüssel angesprochen. Der CDU-Abgeordnete Dr. Ottmar Pohl stellte die Frage, ob die veranschlagte Ausstattung künftig ausreiche und mit nur einem Leiter, einem Mitarbeiter und einer Sekretärin die Effizienz gewährleistet sei. Leister räumte ein, man habe in der ersten Phase nicht zu sehr klotzen wollen. Er gehe jedoch davon aus, wenn das Büro effektiv arbeiten solle, dann müsse personell aufgestockt werden.

Der Ausschuß beschäftigte sich ferner mit einem Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Effi-

zizienzsteigerung der Landesverwaltung. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde unterbreitete den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe mit zwei Mitarbeitern aus der Landesregierung sowie zwei Beamten des Landesrechnungshofs einzusetzen. Der Ausschuß einigte sich darauf, daß eine solche Arbeitsgruppe einer Kommission des Hauptausschusses zuzuarbeiten soll, der die Abgeordneten Norbert Burger, Stefan Frechen, Helmut Kupski (SPD) sowie Dr. Ottmar Pohl, Heinz Paus (CDU) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) angehören werden.

Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büsow betonte, die Organisationshoheit liege bei der Landesregierung. Bemühungen könnten nur Erfolg haben, wenn die Landesregierung mitmache. Man brauche eine kompetente Gruppe, die sich mit der Kommission des Landtags zusammensetze, damit am Ende etwas Konkretes herauskomme.

Staatssekretär Leister empfahl, bei einer Zwischenstufe des Verfahrens sollte die Landesregierung Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen. Der neutralistischste Punkt sei die Organisationsprüfung. Hier müsse man behutsam vorgehen.

Zum Schluß der Sitzung dankte der Abgeordnete Büsow den Mitarbeitern der Staatskanzlei für die Organisation des Nordrhein-Westfalen-Festes. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig beklagte indessen die WDR-Berichterstattung über den Festzug. Dieser habe weder im ersten noch im dritten Programm Erwähnung gefunden. Das sei ein „medienpolitischer Skandal“.

Öffentliche Finanzen

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hat den Statistischen Bericht, Die staatlichen und kommunalen Finanzen in NW, Rechnungsjahr 1984, Landesergebnisse, vorgelegt. Die umfangreiche Veröffentlichung kann zum Preis von 28 Mark beim Landesamt, Postfach 11 05, 4000 Düsseldorf 1, bezogen werden.

Opposition verließ Sitzung des Städtebauausschusses

Minister Zöpel: Turbulenzen am Wohnungsmarkt möglichst vermeiden

Der Tagesordnungspunkt „Weiteres Vorgehen der Landesregierung im Zusammenhang mit Wohnungsverkäufen der Neuen Heimat“ entzündete im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen eine heftige Kontroverse, die mit dem Auszug der Mitglieder von CDU- und F.D.P.-Fraktion endete.

Während dieser Sitzung, die unter dem Vorsitz von Karl Trabalski (SPD) am 24. September stattfand, wurde die Tatsache, daß sich Dr. Christoph Zöpel (SPD) kurz vor Beginn dieser Zusammenkunft auf einer Pressekonferenz zu dem zentralen Thema „Neue Heimat“ der Tagesordnung geäußert hatte, von den Oppositionsparteien zum Anlaß heftiger Kritik genommen.

Dem Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr wurde auch vorgeworfen, daß er auf der vorangegangenen Sitzung Informationen zurückgehalten hätte, die für den Ausschuß von Bedeutung gewesen wären. Heinz Soénius (CDU) bezeichnete diese Vorgehensweise des Ministers als eine „Mißachtung des Parlaments“ und eine Degradierung des Ausschusses zum „second hand shop“, da schließlich Dr. Zöpel auf Antrag der CDU vor diesem Ausschuß sprechen sollte.

Minister Zöpel wies diese Angriffe entschieden zurück und erklärte dazu, er habe Informationen nur deshalb zurückgehalten, damit kein Schaden für das betroffene Unternehmen entstünde, zumal es zu diesem Zeitpunkt nicht um Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen gegangen sei. Robert Schumacher (SPD) erklärte, daß seine Fraktion die vorgebrachten Vorwürfe nicht unterstützen

könne, da er den Eindruck habe, auf der letzten Sitzung von Minister Zöpel ausreichend informiert worden zu sein.

WFA-Forderung sichern Sozialbindung erhalten

Nach dem Auszug der Oppositionsfraktionen stellte der Minister die drei Hauptkriterien vor, die für die Landesregierung für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit Wohnungsverkäufen der Neuen Heimat wichtig sind:

- Die Forderung der WFA sollen sichergestellt werden.
 - Die Sozialbindungen der Wohnungen sollen erhalten werden.
 - Mögliche Turbulenzen am Wohnungsmarkt sollen vermieden werden.
- An der dann folgenden Einführung des Ministers Zöpel in den Wohnungs- und Städtebauetat 1987 nahmen die Vertreter der Oppositionsfraktionen wieder teil. Dieser Etat wurde zur Kenntnis genommen, Beratungen darüber sollen zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

Kommunalfinanzen:

Bedarfszuweisungen bei Defizitabbau

Nach der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1987 in der Plenarsitzung vom 17. September 1986 faßte Staatssekretär Dr. Munzert im Ausschuß für Kommunalpolitik die Eckpunkte zusammen und wies darauf hin, daß das Verteilungsverfahren für die Finanzmasse aus dem allgemeinen Steuerverbund in 1987 noch unverändert bliebe, da die Ergebnisse der vom Innenminister ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe noch nicht vorlägen, die untersuchen soll, ob der unterschiedliche Bedarf der einzelnen Kommunen durch die bisherige Struktur des Gemeindefinanzierungsgesetzes vollständig erfaßt worden ist und ob die im Gemeindefinanzierungsgesetz vorgesehenen Verteilungskriterien zutreffend gewählt worden sind.

Ausschußvorsitzender Hans Wagner (CDU) eröffnete die Aussprache zu diesem Einführungsbericht, indem er um eine Erläuterung zu dem in dem Gesetzentwurf neu aufgenommenen § 17 Abs. 3 GFG bat. Nach dieser Vorschrift können Gemeinden, deren jährliche Haushalte wegen der Deckung strukturell bedingter Alt-Fehlbeträge besonderen Belastungen ausgesetzt sind, Bedarfszuweisungen zum Defizitabbau früherer Haushaltsjahre erhalten. Diese Bedarfszuweisungen werden auf Antrag gewährt und an ein vom Rat zu beschließendes Haushaltssicherungskonzept geknüpft, das mit der jährlichen Haushaltssatzung fortzuschreiben ist und das der Genehmigung der oberen Aufsichtsbehörde bedarf. Die Genehmigung kann unter Auflagen erteilt werden. Gemeinden, die eine Bedarfszuweisung erhalten haben, sind verpflichtet, nach Durchführung des Haushaltssicherungskonzeptes die Hälfte der gewährten Bedarfszuweisungen in vier gleichen Jahresraten zurückzuzahlen.

Die Frage des Abgeordneten Wagner (CDU), ob die Bedingungen und Auflagen in den einzelnen Regierungsbezirken unterschiedlich ausfallen können oder ob der Innenminister bei der Anwendung dieser Vorschrift auf eine einheitliche Regelung hinwirken wird, wurde von einem Vertreter des Innenministeriums dahingehend beantwortet, daß die Haushaltssicherungskonzepte jeweils mit den einzelnen Kommunen besprochen werden müßten und daß eine individuelle Anpassung der Bedingungen und Auflagen an die im einzelnen vorliegenden Gegebenheiten auch zur Erhaltung und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung unbedingt notwendig wäre. Im übrigen sei für kreisfreie Städte der Innenminister selbst die für die Auflagenteilung zuständige obere Aufsichtsbehörde. Abschließend regte der Ausschußvorsitzende an, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoller und systemkonformer wäre, die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände, die gemäß § 30 des Gemeindefinanzierungsgesetzes nach Maßgabe des Haushaltsplans erbracht werden, aus den Haushaltsplänen der einzelnen Ressorts herauszunehmen und statt dessen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes über die Verwendung dieser Zuweisungen zu entscheiden.



Das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande hat der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (r.) aus den Händen von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) entgegengenommen. Der Abgeordnete Lichtenberg gehört dem Landtag seit 1980 an. Neben seiner Mitgliedschaft in zahlreichen Fachausschüssen liegt der Schwerpunkt seiner Mitarbeit im Bereich der Innenpolitik. Der Politiker, der seit 1959 der CDU angehört, nahm von 1971 bis 1981 das Amt des Vorsitzenden des CDU-Stadtbezirksverbandes Wuppertal-Cronenberg wahr. Seit 1975 ist er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Wuppertal. Dr. Lichtenberg hat sich ferner in starkem Maße um das Verständnis der Bürger im Land für die verteidigungspolitischen Aufgaben der Bundeswehr bemüht.

Foto: Schüler

Ausschußkommission hat die Türkei bereist

Gastgeber sehen in Rückkehrprämien nicht das geeignete Hilfsinstrument

Nur schwer zu lösen sind die Probleme der Kinder türkischer Arbeitnehmer, die in ihre Heimat zurückkehren. Das erfordert ein hohes Maß an Information und Kooperation und macht Anstrengungen in der Bundesrepublik und im Heimatland notwendig. Dieses Ergebnis hatte die Studienreise einer Kommission des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags Nordrhein-Westfalen unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Harbich (CDU) vom 14. bis 22. September in die Türkei.

Auf der Reise wurden so unterschiedlich entwickelte Regionen wie Ankara, Yozgat, Kirsehir, Bursa, Antalya und Istanbul besucht. Daß die Probleme auch auf türkischer Seite einen hohen Stellenwert einnehmen, war daraus abzulesen, daß der türkische Arbeitsminister, Mustafa Kalemli, und der zuständige Abteilungsleiter des Außenministeriums, Okan Gezer, mit ihren Mitarbeitern der Kommission zu ausführlichen Grundsatzgesprächen zur Verfügung standen, während sich für die lokalen Gespräche und Besichtigungen jeweils die Regional-Gouverneure mit großem Stab bereithielten.

Im Mittelpunkt der Gespräche und Besichtigungen standen Fragen der außerschulischen und beruflichen Eingliederung der Kinder zurückgekehrter türkischer Arbeitnehmer. Während nach Aussagen der türkischen Seite die schulischen Probleme - da überwiegend nur Sprachdefizite - nach etwa einem Jahr beseitigt seien, gebe es hinsichtlich der Fortsetzung begonnener oder ange-

strebtter Berufsausbildung größere Schwierigkeiten. Zwar hat die Türkei gerade in diesem Sommer die Berufsausbildung nach dem Muster unseres dualen Ausbildungssystems gesetzlich geregelt, aber meist sind die Betriebe nicht in der Lage, ihren Beitrag zu leisten, noch stehen in ausreichendem Maße Berufsschulen und fachlich ausgebildetes Personal zur Verfügung.

Eine Ausnahme bilden die Berufe des Hotel- und Gaststättenbereichs, für die schon vorher berufsschulähnliche Einrichtungen geschaffen wurden - speziell auch in Antalya -, um für die dort geplanten Investitionen im Tourismusbereich fachlich qualifiziertes Personal verfügbar zu haben. Hier hat sich auch auf Fachverbandsebene eine Kooperation mit deutschen Einrichtungen ergeben.

In den Bereichen, die durch Besichtigungen, Informationsvorträge, Diskussionen und Einzelgespräche aufgehellert werden konnten, schien die Finanzierungsfrage (von einer Ausnahme abgesehen) nicht unbedingt im Vordergrund zu stehen; in der Hauptsache geht es heute um qualifiziertes Personal für die untere und mittlere Entscheidungsebene. Frühere Planungsfehler - etwa bei den Plazierungsentscheidungen von Investitionen durch Arbeitnehmergesellschaften - gehen zweifellos auf fehlende oder fehlerhafte Markt- und Absatzanalysen und auf Managementfehler zurück. Diese Investitionsart hat daher inzwischen ihre Orientierungsfunktion für rückkehrwillige türkische Arbeitnehmer bei uns weitgehend verloren. Da jedoch die Fehler erkannt wurden und durch die Schaffung besserer Voraussetzungen ausge-

Millionen DM betragen sollen. Im Investitionsbereich beträgt der Mehrbedarf für das kommende Haushaltsjahr 8,8 Millionen DM, wovon 4,3 Millionen DM auf die Polizei entfallen.

Reinhard kündigte an, daß seine Fraktion bei den Bauausgaben Verlagerungen zugunsten dringend notwendiger Verbesserungen im Unterkunftsbereich der Polizei beantragen werde. Heinz Paus und Klaus Evertz (beide CDU) baten den Innenminister um detaillierte Auskünfte über eine stellenplanmäßige Berücksichtigung der Personaleinschnitte vergangener Jahre bei der Polizei sowie der Urlaubsverlängerung. Auch soll berichtet werden, ob der Nachersatz für die geringeren Neueinstellungen der Jahre '84, '85 und '86 sichergestellt ist, wie der Phasenbeschluß nachwirkt und der Überstundenabbau den Stellenplan verändert. Schließlich erbat die Opposition Auskunft über die Höhe der Abschiebekosten für nicht anerkannte Asylbewerber und darüber, ob Folgerungen aus den Erkenntnissen von Tschernobyl zu veränderten Ansätzen bei den Mitteln für den Katastrophenschutz geführt haben.



Aus Anlaß des tschechoslowakisch-nordrhein-westfälischen Umweltsymposiums in Düsseldorf hat Landtagspräsident Karl Josef Denzer (r.) eine Delegation aus der ČSSR unter der Leitung von Professor Dr. Josef Kempny (l.) im Gästehaus des Landtags empfangen. Foto: Schüler

Klausurtexte besser versenden

Im Innenausschuß forderte Egbert Reinhard (SPD) für seine Fraktion Aufschluß über die festgestellten Unregelmäßigkeiten bei der schriftlichen Prüfung von Kriminalkommissaranwärtern. Nach einem Bericht des Innen-Staatssekretärs Dr. Eberhard Munzert rügten Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) und weitere Ausschußmitglieder den nachlässigen Versand der Prüfungsklausuren durch das Prüfungsamt, wodurch eine unerlaubte Öffnung der nicht ordnungsgemäß versiegelten Umschläge möglich war. Die Konsequenzen werden laut Innenministerium eine Wiederholungsprüfung und ein verbesserter Versand der Klausurtexte sein.

Munzert gab auch eine erste Übersicht über die Eckdaten des Einzelplans seines Ministeriums im Haushaltsplanentwurf für 1987. Wegen der bevorstehenden Bundestagswahlen und der Volkszählung liegt die Steigerungsrate im Einzelplan 03 mit 5,45 Prozent über der 3,6prozentigen Steigerung des Gesamthaushalts, ohne diese Posten läge sie hingegen 0,3 Prozent unter der Steigerungsrate des Haushalts 1987. Der 68,7prozentige Personalkostenanteil des Einzelplans steigt dabei um 127,4 Millionen DM, rund 98 Millionen DM entfallen davon allein auf die Polizei. Die sächlichen Verwaltungsausgaben mit einem Anteil von 11,7 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans steigen um weniger als ein Prozent. Diese Steigerungsquoten sind jedoch ohne die Kosten der Volkszählung errechnet. Unverändert bleibt der Mittelansatz für Bauausgaben, die auch 1987 wieder 72,2

geschlossen werden sollen, wobei die staatliche Arbeiter-Investitionsbank (DESYAB) eine Schlüsselrolle spielt, besteht die Chance, daß verlorengegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden kann. Wenn es gelingt, nicht nur den ihre Ersparnisse investierenden Vätern eine positive Perspektive zu eröffnen, sondern auch für die Kinder berufliche Möglichkeiten zu erschließen - etwa durch gezielte Ausbildung bei uns für Berufe und Tätigkeiten in diesen Projekten - kann der freiwilligen Rückkehr ein großer Teil des jetzt noch bestehenden Risikos genommen werden.

Es wurde jedoch klar, daß die offiziellen türkischen Stellen nur geringen Spielraum haben, um gezielte Aktivitäten (mit Anreizfunktion) für Rückkehrer zu entwickeln und durchzuführen. Der erhebliche Bevölkerungszuwachs und die enorme Arbeitslosigkeit machen es fast unmöglich, neue Arbeitsplätze speziell für im Ausland arbeitende rückkehrwillige Türken zu schaffen. Rückkehrhilfen für freiwillige Rückkehrer sind daher willkommen; jedoch werden Hilfen, die bewußt zur Rückkehr anreizen (Rückkehrprämien) äußerst skeptisch betrachtet.

In Kontakten mit der größten Oppositionspartei SHP (Sozialdemokraten), dem türkischen Gewerkschaftsdachverband Türk-Is, einigen Wissenschaftlern und Arbeitgebern entstand der Eindruck, daß die Zeiten der Militärdiktatur zwar überwunden sind, eine Willkürherrschaft nicht stattfindet, aber zahlreiche Vorschriften oder faktische Gegebenheiten demokratische Abläufe ver- oder behindern. So fehlt etwa den Gewerkschaften das Streikrecht, und in den Betrieben ist eine Arbeitnehmervertretung etwa im Sinne unserer Mitbestimmung nicht gegeben.

Aus diesen Feststellungen kann jedoch keineswegs eine nur negative Gesamtbilanz gezogen werden. Die Türkei befindet sich zweifellos in einer Entwicklung, die positive Ergebnisse erwarten läßt. Die Aufarbeitung der gewonnenen Informationen in den zuständigen Ausschüssen des Landtags und die Fortsetzung der aufgenommenen Kontakte werden zeigen, ob diese Entwicklung mit den Mitteln der Landespolitik zum beiderseitigen Nutzen unterstützt werden kann.

„Die sozialpädagogische Familienhilfe flächendeckend im Lande einführen“

„Aus der Sicht der Stadt Frechen hat sich die sozialpädagogische Familienhilfe sehr gut bewährt. Die Zusammenarbeit mit den freien Trägern ist gut.“ Auf diesen Nenner brachte Ortrud Herter, Leiterin des Frechener Jugendamtes, die Erfahrungen mit einer Einrichtung, die, 1982 gegründet, ihre Versuchsphase erfolgreich hinter sich gebracht hat und seit Mitte 1984 per Ratsbeschluß als Instrument der offenen Jugendhilfe etabliert ist. Waren 1981 nicht weniger als 43 Kinder aus der Stadt östlich von Köln in Heimen untergebracht, so sind es nach Angaben der Jugendamtsleiterin derzeit nur noch acht. Und schlugen sich die Kosten für die Heimunterbringung 1982 noch mit 1,3 Millionen Mark im kommunalen Etat nieder, so verringerten sie sich im letzten Jahr auf ein Drittel: 450000 Mark. Der Ausschuß für Jugend und Familie zeigte sich bei seiner auswärtigen Sitzung im Frechener Rathaus von diesen Erfahrungen sehr angetan. Ausschußvorsitzender Helmut Ernst Hellwig (SPD) meinte zum Schluß: „Eine flächendeckende Einführung der sozialpädagogischen Familienhilfe ist erforderlich.“ Die Tagung in Frechen habe den Ausschuß vom Wert dieses Hilfsangebots überzeugt; allerdings sei angesichts der Haushaltslage des Landes die Schwelle zur Finanzierung dieses hoffentlich bald festen Bestandteils nordrhein-westfälischer Familienpolitik nicht leicht zu überwinden. Hellwig betonte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Entlastungsmöglichkeiten, die dieser Dienst für die gemeindlichen Haushalte mit sich bringe.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) nannte den Zweck dieser neuen Hilfe: Durch den Einsatz eines Familienhelfers, der Kindern und Eltern diene, solle der Familienverband erhalten bleiben und ein Auseinanderbrechen der Familien verhindert werden. Der Minister bezifferte die Erfolgsquote dieser Arbeit auf rund 32 Prozent – diese Quote sei gut angesichts des Umstandes, daß auf diesem Gebiet Erfolge schwerer zu erreichen seien als anderswo. Das Land Nordrhein-Westfalen habe sich in den letzten Jahren durch steigende Förderung engagiert und sie von 1980 bis 1986 auf 2,5 Millionen Mark verzehnfacht; es liege damit an der Spitze aller Bundesländer.

Bundesweit liege das Angebot an Familienhilfe bei 50 Prozent aller Jugendämter; in Nordrhein-Westfalen sei die Quote höher, nämlich 64 Prozent, führte Dr. Erwin Jordan vom Münsteraner Institut für Soziale Arbeit (ISA) aus. Die Landesförderung habe „Anschubfunktion“ gehabt: Nach seiner Schätzung sei in diesem Jahr bei drei von vier nordrhein-westfälischen Jugendämtern die Familienhilfe im Leistungsangebot. Die Hälfte dieser Einrichtungen seien bei freien Trägern angesiedelt, 23 Prozent lägen bei den Jugendämtern, in 14 Prozent der Fälle habe man sich – wie in Frechen – für die Kooperation zwi-

schen städtischen Stellen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege entschieden. Die Erfolgsquote von einem Drittel nannte Jordan „sehr gut“; bei der Drogenhilfe spreche man schon von „Spitze“, wenn zehn Prozent erreicht würden. Der ISA-Sprecher forderte, bei der Familienhilfe bestimmte Standards nicht zu unterschreiten, die Mindestqualifikation für Familienhelfer sollte nicht niedriger sein als „Erzieher/Erzieherin“; Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seien hier nur sinnvoll, wenn anschließend der Dienst in die Regelförderung übernommen werde; ein Leistungsangebot ausschließlich auf der Basis von Honorarkräften lehnte Jordan ab. Einblick in die Arbeit der Frechener Familienhilfe gab die Koordinatorin Josefine Steffes-Holländer. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, daß sie ohne intensive Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen und deren Unterstützung nicht möglich sei: Gute Kontakte zum Jugend-, zum Sozial-, Ordnungs- und Wohnungsamt sowie zur Wohngeldstelle schafften die Voraussetzungen, die materiellen Bedingungen der Familien entscheidend zu verbessern. „Die bisherige positive Zusammenarbeit ermöglichte in mehreren Einzelfällen die Wiederherstellung günstigerer Lebensumstände für die Familien.“ Allerdings sei es für das Gelingen wich-

tig, der Familie zu erklären, daß der Familienhelfer nicht vom Amt kommt, sondern mit ihm kooperiert.

Die Durchführung der Familienhilfe gliedere sich in vier Abschnitte, in die etwa vierteljährige Probestadien, der sich die einjährige Hauptphase anschleße, in der die Beziehung Familie-Familienhelfer geknüpft werde. Weil dieser Kontakt nicht von heute auf morgen abzubrechen sei, gehe man danach zur Ablösungsphase über, der sich die Nachbetreuung anfüge. Die sozialpädagogische Familienhilfe arbeite mit allen Familienmitgliedern, nicht nur mit dem „Symptomträger“. Unter den Mitarbeitern finde ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch statt, die Fortbildung nehme einen bedeutenden Raum ein.

Zum Schluß richtete Frau Steffes-Holländer das Augenmerk auf eine neue Entwicklung: Ein bestimmter Familientyp bestimme immer stärker das Potential der betreuten Familien. „Es handelt sich dabei um junge alleinstehende Mütter mit zwei und mehr Kindern, deren psychische Belastbarkeit sehr gering ist, die gleichzeitig über verhängnisvolle praktische Lebenserfahrungen verfügen.“ Man könne nur darauf hinweisen, daß die Kinder später in einem noch ausgeprägteren Maße von dem gleichen Schicksal betroffen sein werden wie heute ihre Mütter. „Einer solchen Entwicklung kann, wenn überhaupt, nur durch eine umfassende Unterstützung vorgebeugt werden.“

„Wir machen keine halben Sachen, wenn es um Menschen geht,“ stellte Brigitte Schwenen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband des Erftkreises fest. Für eine solche Hilfe seien aber „Profis“ nötig, sprach sie die Qualifikationserfordernisse für Familienhelfer an: „Wer eine siebenköpfige Familie aus dem Sumpf ziehen soll, kann kein Laienhelfer sein.“ Sie plädierte für eine langfristige Finanzierung der Familienhilfe auf pauschaler Basis.

Zu Beginn der Sitzung hatte Staatssekretär Paul Arnold Nelles kurz in die Kapitel des Etatentwurfs 1987 eingeführt, für die der Jugendausschuß zuständig ist. Nelles unterstrich dabei, daß für 1987 Ausgaben von insgesamt 872,8 Millionen Mark vorgesehen seien, das mache eine Steigerung von fünf Prozent zum Vorjahr aus. Trotz der schwierigen Haushaltslage habe man die Förderungsansätze für die Jugend- und Familienhilfe seit 1983 im wesentlichen gehalten oder sogar wieder erhöht.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Antonius Rösenberg, vermied angesichts der Steigerung um 42 Millionen Mark die angemessene Relation zu den wachsenden Steuereinnahmen des Landes in Höhe von rund drei Milliarden Mark. Schon jetzt sei das Land offenbar nicht mehr in der Lage, „Almosen“ – wie der SPD-Fraktionsvorsitzende die von der CDU vorgeschlagene Stiftung Mutter und Kind bezeichnet habe – zu finanzieren.

Für die F.D.P.-Fraktion stellte Andreas Reichel die Ausdehnung des Förderungsumfangs vor den Hintergrund der Konsolidierungsbemühungen, zu denen seine Partei aufrufe.

Auf die im Vergleich zum Gesamtetat (+ 3,6 Prozent) überdurchschnittliche Steigerungsquote von fünf Prozent wies Erich Heckelmann (SPD) hin: „Das sollten wir dankbar anerkennen.“ Einen Vergleich mit den kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen könne man nicht ziehen, denn diese dienten dem Abbau der Nettokreditverschuldung. Er begrüßte die größere Berechenbarkeit in der Förderung, was den Trägern zugute komme.



Im schönen Ratssitzungssaal der Stadt Frechen informierte sich der Jugendausschuß über Entwicklung und Erfolge der sozialpädagogischen Familienhilfe und über Aspekte des Haushaltsentwurfs für 1987.

Hohe Förderung für Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales nahm unter der Leitung des Vorsitzenden Karlheinz Bräuer (SPD) die Beratungen des Haushaltsentwurfs 1987 des Einzelplans 07 (Arbeitsminister) auf.

Minister Hermann Heinemann (SPD) wies darauf hin, daß gerade für Sozialpolitiker Haushaltsverhandlungen immer eine schwierige und oftmals unbefriedigende Angelegenheit seien.

Der Entwurf des Einzelplans 07 schließt im Haushaltsjahr 1987 in Einnahmen mit 679094800 DM und in Ausgaben mit 4020221100 DM ab. Das ergibt einen Zuschuß in Höhe von 3341126300 DM. Es vermindern sich im Vergleich zu 1986 die Einnahmesätze um 64656700 DM (minus 9,4 Prozent). Es erhöhen sich im Vergleich zu 1986 die Ausgabenansätze um 162209600 DM (plus 4,2 Prozent). Die den Bewilligungsrahmen mitbestimmenden Verpflichtungsermächtigungen erhöhen sich von 664235500 DM um 410106700 DM auf 1074342200 DM. Die Einnahmeminderung entfällt nahezu ausschließlich auf den Gemeindeanteil an den Krankenhausinvestitionen, der zum 1. Januar 1987 entfallen soll.

Minister Heinemann wies auf zwei zentrale Positionen hin, die die Anstrengungen der Landesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nachdrücklich unterstreichen würden.

■ So werde das Landesprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit 700 Millionen DM (450 Millionen DM Baransatz und 250 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen) erneut einen hohen Förderungsstand haben, wie er von keinem anderen Bundesland erreicht werde. Er hoffe, damit 16000 Arbeit- oder Ausbildungsuchenden eine Beschäftigungsmöglichkeit zu verschaffen.

■ In diesem Zusammenhang gehörten auch die 800 Millionen DM, die im Haushalt 1987 für Krankenhausbauten zur Verfügung stehen werden. Wenn man bedenke, daß für den Krankenhausbaubereich mit der Faustformel gerechnet werde, daß eine Million DM Investition etwa 20 Arbeitsplätze sichere, könne man mit den 800 Millionen DM im nächsten Jahr weitere 16000 Arbeitsplätze schaffen, hieß es.

Zwei Institute wurden in diesem Jahr zum ersten Mal seitens des Landes gefördert: die Technologieberatungsstelle des DGB in Oberhausen und das neu zu schaffende Institut „Arbeit und Technik“. Beide Einrichtungen gingen auf die Grunderkenntnis zurück, daß die neuen Technologien vor allem die Arbeitswelt tiefgreifend veränderten. Gerade aus der Sicht eines Sozialpolitikers, so Heinemann, sei es wichtig, diese Veränderungen nicht nur in ihrem Ausmaß möglichst abschätzen zu können, sondern auch zu wissen, welche sozialpolitischen Maßnahmen notwendig seien, damit bei rasantem technischen Fortschritt die menschliche Arbeitskraft nicht „unter die Räder“ gerate.

Abschließend vertrat der Minister den Standpunkt, daß auch der Haushaltsentwurf 1987 ein zwischen finanzpolitischen Erfordernis-

Fortsetzung Seite 16

Kultusminister Schwier berichtet im Schulausschuß

Schülerzahlen bewegen sich kontinuierlich nach unten

Die Situation zum Schuljahresbeginn 1986/87, die Schulbauförderung und die Auseinandersetzung um die Errichtung der Gesamtschule in Dormagen, standen im Mittelpunkt der von Hans Frey (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Zur Situation zum Schuljahresbeginn berichtete der Kultusminister, daß die Schülerzahlen sich kontinuierlich weiter nach unten bewegten. Wiederum geht die Schülerzahl zum Schuljahresbeginn um 107000, das sind 3,9 Prozent, auf 2,66 Millionen zurück. Dieser Rückgang wird sich noch bis 1994 fortsetzen. Allerdings steigt erstmals seit 1972 in der Grundschule die Schülerzahl um 2600 an. Der Schülerrückgang hat inzwischen voll die Sekundarstufe II erfaßt, vor allem die berufsbildenden Schulen, in die 44000 Schüler (6,7 Prozent), weniger gehen. Kultusminister Hans Schwier (SPD), wies darauf hin, daß trotz der mehr als 15000 Kw-Vermerke im Haushalt, zum Schuljahresbeginn insgesamt 225 junge Lehrer mit Zweidrittel der Pflicht-Wochen-Stunden-Zahl neu eingestellt werden konnten, und zwar 166 Lehrer an Gesamtschulen und 58 an Sonderschulen. Die Einstellungen erfolgten nur in Mangelfachkombinationen, wie Informatik und Musik. Über die Neueinstellungen hinaus, konnten etwa 500 bisher befristet beschäftigte Lehrer in Dauerbeschäftigungsverhältnisse übernommen werden.

Versetzungsverfahren

Um Ungleichgewichte innerhalb der Schulformen bei der Lehrerversorgung abzubauen, wurde zum 1. August 1986 ein umfangreiches Lehrerversetzungsverfahren in Gang gesetzt. Dadurch konnten die Kw-Überhänge so verteilt werden, daß nunmehr alle Schulformen über eine Stellenreserve von mindestens zwei Prozent verfügen. Um den Unterrichtsbedarf an den Schulen ohne Kw-Vermerke (Gesamtschulen, Sonderschulen) zu erfüllen und die regionalen Ungleichgewichte auszugleichen, wurden etwa 500 dienstliche Versetzungen durchgeführt. Zum 1. Februar 1987 ist ein weiteres landesweites Versetzungsverfahren vorgesehen, in dem Lehrer in die Gesamtschule, die Schulen des Zweiten Bildungsweges und die Sonderschulen versetzt werden sollen.

In der nachfolgenden Aussprache wurde insbesondere über die unzureichende Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen diskutiert. Ilse Oel (CDU) kritisierte, daß von den 450 ursprünglich vorgesehenen Versetzungen in die Sonderschule, nur 90 realisiert werden konnten. Abgeordneter Reul (CDU) bezeichnete die Situation an Sonderschulen chaotisch. Dr. Manfred Dammeyer (SPD) stellte fest, daß das Lehrereinstellungsverfahren und auch das Versetzungsverfahren erfolgreich war, weil es Lehrer in die Schulen, mit Ausnahme der Sonderschulen, gebracht habe, in der sie benötigt würden. Für die F.D.P. vertrat Rudolf Wickel die Ansicht, daß auf zwangsweise Versetzungen unter dem Aspekt der Berufsmotivation verzichtet werden sollte.

Zum Bereich Schulbauförderung berichtete

der Vertreter des Innenministers, daß 1987 ein Bewilligungsrahmen von 20,7 Millionen DM zur Verfügung steht. Auf Antrag der CDU-Fraktion wird der Innenminister dem Ausschuß noch eine Aufstellung über die Verwendung der Schulbaumittel nach Schulformen bezogen, für die letzten fünf Jahre vorliegen. Vor dem Hintergrund der zurückgehenden Schülerzahlen hat die nordrhein-westfälischen Abgeordneten erstaunt, daß der Mittelrahmen 1986 voll in Anspruch genommen worden ist und sogar mehrere Anträge mangels Masse nicht berücksichtigt werden konnten.

Schulfrieden

Schließlich stand die Gesamtschulerrichtung in Dormagen erneut im Mittelpunkt der Ausschußberatungen. Die Gesamtschule in Dormagen konnte nach einer nunmehr positiven Entscheidung des Dormagener Rates mit einer Woche Verspätung ihren Betrieb aufnehmen. Der Dormagener Heinz Hilgers (SPD) berichtete, daß sich inzwischen die Wogen vor Ort soweit geglättet hätten, weil auch mit der dortigen CDU-Fraktion Einigkeit darin bestehe, die Gesamtschule zukünftig ebenso wie die anderen Schulformen zu behandeln. Kultusminister Hans Schwier begrüßte, daß in Dormagen endlich der Schulfrieden eingekehrt sei.

Sein Handeln sei immer von der Maxime bestimmt gewesen, dem Elternrecht zum Durchbruch zu verhelfen. Dr. Manfred Dammeyer (SPD) forderte die CDU-Fraktion auf, sich der Einsicht der Dormagener Fraktionskollegen anzuschließen, und im gesamten Land den Widerstand gegen die Gesamtschule aufzugeben. Herbert Reul (CDU) erwiderte, daß zwar der Fall Dormagen gelöst sei, aber die grundsätzlichen Fragen der Gewichtung des Elternrechts, der Kommunalhoheit und der Anwendbarkeit des Paragraphen 10 Absatz 7 Schulverwaltungsgesetz, wonach der Kultusminister eine Gemeinde zur Errichtung zwingen könne, nicht geklärt seien. Karl Nagel (CDU) bezeichnete es als die wesentliche Frage der Zukunft, wie zu verfahren sei, wenn Elternrecht miteinander konkurriere. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung mit einem Schülerrückgang von 43 Prozent sei entscheidend, wie die bestehenden Schulformen erhalten werden könnten und nicht die Frage, wie ein neues Angebot verwirklicht werden solle. Das Elternrecht einer Minderheit dürfe nicht den Anspruch der Elternmehrheit beeinträchtigen, ihre Kinder auf das gegliederte Schulwesen zu schicken. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) stellte abschließend fest, daß bisher alle Kinder, die eine tradierte Schulform besuchen wollten, dies könnten, aber 3000 an Gesamtschulen angemeldete Schüler hätten zurückgewiesen werden müssen.

Jugendausschuß-Kommission informierte sich in der Schweiz über Drogentherapie

Für und Wider die Behandlung mit dem Ersatz Methadon

Eine dreitägige Informationsreise in die Schweiz führte eine Kommission des Ausschusses für Jugend und Familie unter Leitung des Ausschlußvorsitzenden Helmut Hellwig (SPD) durch, um sich vor Ort über Möglichkeiten der Therapie und Rehabilitation bei jugendlichen Drogenkonsumenten zu informieren. Das Hauptinteresse galt dabei den Schweizer Erfahrungen beim Einsatz von Methadon in der Drogentherapie, zumal medikamentengestützte Hilfen in der Bundesrepublik sehr umstritten sind.

Die Delegation, der auch Staatssekretär Paul Arnold Nelles vom Gesundheitsministerium angehörte, wurde in Genf bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von Dr. Kahn

und Dr. Arif von der Abteilung mentale Gesundheit empfangen, die einen Überblick über Suchtersatzbehandlungen in aller Welt gaben. Dr. Arif wies darauf hin, daß Methadon-Programme in Westeuropa, u. a. in Belgien, Dänemark, England, Schweden, den Niederlanden, Irland, Italien, Spanien und in der Schweiz, eingeführt worden seien mit dem Ziel, den Betroffenen ein Leben unter Normalbedingungen zu ermöglichen, die Erwerbsfähigkeit zu verbessern, die Delinquenz zu verringern und die Bereitschaft zur Therapie zu vergrößern. Methadon helfe dabei, die Entzugerscheinungen zu erleichtern, sei aber bei der Behandlung der Drogenabhängigkeit selbst nicht wirksam, da es selbst abhängig mache beziehungsweise eine bestehende Abhängigkeit erhalte.

Als Vertreter der WHO wollte Dr. Arif keine verbindlichen Empfehlungen zur Einführung von Suchtersatzbehandlungen mit Methadon geben. Die Politik müsse sich selbst ein Bild von der tatsächlichen Situation im eigenen Lande machen und dann unter Abwägung der Vor- und Nachteile derartiger Programme entscheiden. Er warnte aber davor zu glauben, daß Drogen- und Alkoholsucht in absehbarer Zeit ausgerottet werden könnte. In Bern traf die Delegation mit dem Direktor des Bundesamtes für Gesundheitswesen, Professor Dr. Roos, zusammen. Er berichtete über die Schweizer Erfahrungen mit Methadonprogrammen. Die gesetzliche Grundlage finde sich im revidierten Bundesgesetz über die Betäubungsmittel von 1975. Vor dieser Revision sei es dem einzelnen Arzt überlassen gewesen, ob einem Betäubungsmittel-abhängigen Betäubungsmittel verschrieben worden seien oder nicht. Jetzt unterliege die Verschreibung, Abgabe und Verabreichung von Betäubungsmitteln zur Behandlung von abhängigen Personen einer besonderen Bewilligung durch die Kantone. Laut Umfrage befänden sich derzeit insgesamt 1500 Patienten in einer Substitutionsbehandlung mit Methadon. Obwohl die Methadonbehandlung in der Schweiz nach wie vor umstritten sei, werde sie von den Kantonen bei zweckmäßiger Indikationsstellung überwiegend als sinnvoll und vertretbar beurteilt.

Die Ausschlußmitglieder besuchten außerdem die Suchtabteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik von Bern und sprachen mit Direktor Professor Dr. Böker über seine Erfahrungen in der Entzugsbehandlung von Methadon-Patienten. Bei der Besichtigung des „Aebi-Hus“, einer Rehabilitations- und Reintegrationseinrichtung für Drogenabhängige in Leubringen, lehnte der Leiter, Adrian Muff, die Abgabe von Methadon als Therapieform ab. Er bezeichnete die Methadon-Programme als Resignation vor allen wirklichen Therapieversuchen. Die ständig zunehmende Abgabe von Methadon müsse als Konkurrenz zu allen anderen Angeboten der Drogenhilfe angesehen werden. Er vertrat die Ansicht, die Abgabe von Methadon verhindere in den meisten Fällen das Zustandekommen der für einen ernsthaften Ausstiegsversuch notwendigen Motivation.

Dies wurde von Professor Dr. Uchtenhagen, dem Direktor des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Universitätsklinik Zürich, bestritten. Er bezeichnete die Langzeitbehandlung unter Verwendung von Methadon unter Beachtung strenger Regeln als eine Möglichkeit der Suchtbekämpfung. Mit Methadon seien befriedigende Resultate erzielt worden bezüglich der Normalisierung der Lebensführung, Verbesserung des Gesundheitszustandes, Distanzierung von der Drogenszene, Wiedererlangung der Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit und Verzicht auf Delinquenz. Der erfolgreiche Abschluß einer solchen Langzeitbehandlung mit anschließender Opiatabstinenz sei ebenfalls möglich. Ausdrücklich bezeichnete er jedoch die Verwendung von Methadon als eine Therapie zweiter Wahl. An erster Stelle müsse nach wie vor die Entzugs- und Entwöhnungsbehandlung mit dem Ziel der Opiatabstinenz stehen.



Besuch in der Klinik Sonnenbühl in Brütten bei Zürich, einem Therapiezentrum für jugendliche Drogenabhängige. 5. v. l. Vorsitzender Helmut Hellwig (SPD).

Arbeitslosigkeit ...

Fortsetzung von Seite 15

sen und sozialpolitischen Notwendigkeiten ausgewogener Finanzplan sei.

Der Sprecher der Fraktion der CDU, Hermann-Josef Arentz, erklärte für seine Fraktion zum Haushaltsentwurf, der Sozialhaushalt 1987 stehe in der schlechten Tradition der Vorjahre. In keinem anderen Bundesland sei derart massiv in die Sozialleistungen hineingeschnitten worden. Die „miserable Finanzpolitik“ der letzten Jahre habe inzwischen zu Stillstand und Rückschritt in der Sozialpolitik geführt. Die Steuereinnahmen des Landes stiegen 1987 gegenüber 1986 um mehr als drei Millionen DM, die Erhöhung des Sozialhaushalts betrage ganze 162 Millionen DM.

Die vom Minister in den Vordergrund gestellten Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt seien bisher völlig gescheitert. Gegenüber dem Durchschnitt der anderen Bundesländer verschlechtere sich NRW immer mehr. Habe der Abstand der Arbeitslosenquote 1987 nur 0,7 Prozent zu Lasten Nordrhein-Westfalens betragen, so liege die Arbeitslosigkeit heute um drei Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Reduzierung der Landeszuschüsse für freie Träger, die Arbeitsbeschaffungsmaß-

nahmen durchführen, sei vor diesem Hintergrund besonders bedauerlich. Die finanzielle Lage der Krankenhäuser sei bedrohlich.

Nach Meinung des Abgeordneten Dr. Fritz Schaumann (F.D.P.) stelle der Haushaltsplanentwurf 1987 eine Bankrotterklärung für Politikgestaltung dar. Denn die Masse des an Finanzen Verfügbaren gehe gegen Null. Über 18 Millionen DM der im Einzelplan 07 eingesetzten Mittel fielen unter die Rubrik „Ideologie“. Diese Finanzmasse ließe sich wesentlich nutzbringender für investive Maßnahmen einsetzen. Beispielhaft für diese Kritik führte der Abgeordnete den Krankenhausbereich an. Es könne einfach nicht bestritten werden, daß auf diesem wichtigen Feld der Landespolitik zwischen dem, was erforderlich sei und dem, was finanziert werden könne, eine deutliche Diskrepanz bestehe, wobei man sich über die Höhe dieser Diskrepanz sicherlich streiten könne, weil die Schätzungen auch von Interessenlagen abhängig seien.

Der Sprecher der Fraktion der SPD, Ulrich Schmidt, erklärte, daß er sich für seine Fraktion gegen diese „Rundumschläge“ von den Fraktionen der CDU und der F.D.P. verwahren müsse. Mit diesem Haushaltsentwurf könne man sich sehen lassen. Wenngleich man sich ein Mehr im Interesse mancher Betroffener wünschen würde.

Nach Englandbesuch: Pohlmann für mehr Bürgernähe zur Polizei

Eine Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung hatte Gelegenheit, sich in England über die Entwicklung des Polizei- und Demonstrationsrechts zu informieren und Gespräche mit Vertretern des Home Office, verschiedener Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen und der Gewerkschaft zu führen. Abschließend stand ein Besuch bei der Aus- und Fortbildungsstätte für Führungskräfte der Polizei auf dem Programm.

Ausschufsvorsitzender Willi Pohlmann (SPD), der die Kommission während ihres Englandaufenthaltes durch das Programm führte, wertete die Reise abschließend als sehr informativ. „Es wäre schön, wäre das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei in unserem Lande nur annähernd den englischen Verhältnissen ähnlich“, schloß Pohlmann seine Bewertung. „Es gäbe wenigstens im Umfeld von Terrorismus und Gewaltkriminalität weniger Sympathisanten; unser vordringliches Anliegen muß angesichts der guten Ausrüstung und Ausbildung der Polizei in Nordrhein-Westfalen gerade die größere Bürgernähe und das gegenseitige Einvernehmen zwischen dem Polizeibeamten und dem gesetzestreuem Bürger sein.“

Mr. D.J. Belfall, Leiter der Abteilung Public Law and Order (Öffentliches Recht und Ordnung) im Home Office, stellte einen Gesetzentwurf der Regierung (Public Order Bill) von 1982 vor, mit dessen Verabschiedung im nächsten Monat gerechnet wird. Er enthält

- neue Kodifizierungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit,
- eine Erweiterung polizeilicher Befugnisse im Verfahren zur Genehmigung von Demonstrationen und öffentlichen Versammlungen,
- Regelungen zur Verminderung von Gewaltaktionen in Stadien; in einem weiteren

Abschnitt wird der Katalog zur Volksverhetzung novelliert.

Die Gesetzesänderungen sieht die Regierung nicht als Reaktion auf aktuelle Ereignisse, sondern als angemessene Anpassung an die gesellschaftlichen Veränderungen eines halben Jahrhunderts; die meisten heute noch gültigen Vorschriften stammen nämlich aus dem Jahre 1936; ohnehin tun sich die Briten schwer mit Kodifizierungen, da die Mehrheit an der Tradition des anglikanischen Rechts (case-law) festhalten will.

Von der Möglichkeit, Demonstrationen zu verbieten, wurde bisher wenig Gebrauch gemacht. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Polizei Auflagen erteilen kann, wenn Personen- oder Sachschäden zu befürchten sind oder mit einer erheblichen Störung der öffentlichen Ordnung zu rechnen ist. Bei Großveranstaltungen in Fußballstadien kann der Alkoholkonsum verboten, können auch Lizenzen in umliegenden Gaststätten vorübergehend entzogen werden. Die Einführung der Anmeldepflicht für Demonstrationen und die Möglichkeit der Auflagenerteilung erfahren im Rahmen der bisherigen Beratungen des Gesetzentwurfs die größte Ablehnung.

Über gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei in den vergangenen Jahren ließ sich die Kommission durch Vorträge und Video-Aufnahmen bei den ARD-Studios in London, New Scotland Yard, der Association of County Councils (dem Landkreistag vergleichbar), der Gewerkschaft der Polizei und im Police Staff College Bramshill informieren. Berichtet wurde unter anderem über Unruhen in einigen Stadtteilen Londons und Birminghams sowie über die Auseinandersetzungen anlässlich des längsten Bergarbeiterstreiks der englischen Geschichte. In diesem Zusammenhang wollten die nordrhein-west-

fälischen Abgeordneten mehr erfahren über Ausbildung, Ausrüstung und taktisches Vorgehen der britischen Polizei. Dabei war zu erfahren, daß

- an der Tradition der Bürgerpolizei festgehalten wird,
- die Reizschwelle für potentielle Gewalttäter sehr gering gehalten wird, indem auf Bewaffnung, möglichst sogar auf das Tragen von Schutzhelm und Abwehrschilden im Einsatz verzichtet wird,
- Wasserwerfer, CS-Gas und Gummiwuchtgeschosse nicht eingesetzt werden (Ausnahme: Nordirland),
- es ein Vermummungsverbot nicht gibt,
- das Mitführen von Schußwaffen nur einer kleinen Zahl von speziell ausgebildeten Polizeibeamten gestattet wird und
- der Gebrauch dieser Waffen einschließlich des Schlagstocks innerhalb Londons der Genehmigung des Innenministers, außerhalb der des jeweiligen Behördenleiters bedarf. Noch schrecken generell sowohl Polizeibeamte als auch Bürger vor jedweder Gewaltanwendung zurück. Andererseits gibt es auch hier reisende Schlägertrupps der Nationalen Front und zahlenmäßig geringe, zu Gewalttätigkeit neigende Gruppen, die eine Einsatzlage verschärfen können; sie sind der Polizei aber überwiegend bekannt. Hinzugekommen sind in jüngster Zeit Unruhen aus Stadtteilen mit überwiegend farbiger Bevölkerung und höchsten Arbeitslosenquoten, in denen sich Gruppen von Jugendlichen aus irrationalen Gründen zusammentun und glauben, ihren Stadtteil gegen vermeintliche Feinde verteidigen zu müssen. Soziale Mißstände und hohe Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum und Perspektivlosigkeit wurden als mögliche Ursachen genannt.

(Fortsetzung folgt)

Sportausschuß attestiert Fußballstadien sehr hohen Sicherheitsstandard

Kosten sollen die Kommunen nicht überfordern

In seiner 13. Sitzung befaßte sich der Sportausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Rohe (SPD) erneut mit der Sicherheit der Fußballstadien in Nordrhein-Westfalen. Der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr hatte einen Runderlaß-Entwurf über die Sicherheit von Sportstadien für Fußballspiele der 1. und 2. Bundesliga erarbeitet, der in der 5. Sitzung des Sportausschusses am 9. Dezember 1985 mit dem Ergebnis beraten wurde, daß die Regierungspräsidenten, die betroffenen Städte und Stadtverwaltungen den Runderlaß zunächst als Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme zu den in Frage kommenden Maßnahmen unter Angabe der Kosten erhielten.

Nachdem nun die Stellungnahmen der Kommunen vorlagen, wurde der überarbeitete Runderlaß-Entwurf erneut im Sportausschuß behandelt. Der Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr berichtete, daß in den Fußballstadien der 1.

Bundesliga die Anforderungen der Versammlungsstättenverordnung und des Runderlaß-Entwurfs im wesentlichen erfüllt seien. Schwierigkeiten gebe es nur noch im Müngersdorfer Stadion in Köln und im Parkstadion in Gelsenkirchen, da diese zwischen den Zuschauerbereichen und dem Stadioninnern Gräben besäßen. Um diese Schwierigkeiten auszuräumen, müßten statt der vorgeschriebenen Rettungstore und der Überbrückungen der Gräben auch andere gleichwertige Lösungen zugelassen werden.

Die Stadien der 2. Bundesliga erfüllen die Sicherheitsanforderungen jedoch nicht in gleichem Umfang. Entsprechend größer sei auch die Zahl der zu treffenden Maßnahmen. Andererseits sei es jedoch auch vertretbar, auf die Erfüllung bestimmter Anforderungen zu verzichten, wenn die Stadien weniger als 20000 Besucherplätze hätten. Nur wenige Stadionverwaltungen – so der Vertreter des Ministeriums weiter – hätten geschätzte Kosten für die geplanten Maßnahmen angegeben.

Insgesamt bestehe jedoch der Eindruck, daß die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen für die Gemeinden nicht zu untragbaren Kosten führen würden. Die Mängel, die die Stiftung Warentest in ihrem Untersuchungsbericht in bundesdeutschen Fußballstadien aufgeführt habe, seien nach Angaben der

Stadionverwaltungen in NRW zwischenzeitlich beseitigt worden oder ständen zur Beseitigung an. Zusammenfassend stellte der Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr fest, daß die Anforderungen des Runderlaß-Entwurfs von den beteiligten Behörden akzeptiert würden.

Nach eingehender Diskussion begrüßten die Sprecher der Fraktionen, Uwe Herder (SPD), Leonhard Kuckart (CDU) und Wolfram Dorn (F.D.P.) übereinstimmend das Untersuchungsergebnis, das einen außergewöhnlich hohen Sicherheitsstandard in den Stadien des Landes ausweise. Sie stimmten dem Runderlaß des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr mit der Maßgabe zu, daß den Gemeinden durch die erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen in den Stadien keine untragbaren Kosten aufgebürdet würden. Der Sprecher des Ministeriums versicherte, daß die notwendigen Umbaumaßnahmen nach bisherigen Erkenntnissen im Einzelfall einen Betrag von 50000 Mark nicht überschreiten würden.

Abschließend gab der Leiter der Abteilung Sport im Kultusministerium einen Überblick über die Situation im Sportstättenbau in Nordrhein-Westfalen. Er wies auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zum gleichen Thema hin und sagte eine umgehende Beantwortung zu.

Tagebau-Technik, Umwelt- und Arbeitsschutz auf hohem Niveau

Braunkohle noch über Jahrzehnte konkurrenzlos günstig

Die erfolgreichen Bemühungen auf den Gebieten der Gruben- und Betriebssicherheit sowie des Gesundheitsschutzes in den Braunkohletagebauen und ihren angegliederten Nebenbetrieben würdigte der Vorsitzende des Ausschusses für Grubensicherheit, Abgeordneter Willi Wessel (SPD), anlässlich der Ausschlußsitzung am 12. September 1986 im Informationszentrum Schloß Paffendorf der Rheinische Braunkohlewerke AG - Rheinbraun. Die Ausschlußmitglieder konnten sich davon überzeugen, daß der von Rheinbraun unter Anleitung der Bergbehörde beschrittene Weg zum Erfolg führt. Eine an die Sitzung anschließende Befahrung von Betriebseinrichtungen im Bereich des Tagebaus Fortuna/Bergheim rundete den Besuch im Rheinischen Braunkohlenrevier ab.

Die Rheinische Braunkohlenwerke AG hat im letzten Jahr 114 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, von denen 94 Millionen Tonnen in Kraftwerken der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG verstromt wurden. Damit wurde mehr als ein Fünftel des gesamten Stromaufkommens der öffentlichen Kraftwerke der Bundesrepublik Deutschland abgedeckt. Außerdem wurden zum Beispiel 4 Millionen Tonnen Brikett und 2,4 Millionen Tonnen Braunkohlenstaub hergestellt. Die rheinische Lagerstätte gewährleistet durch ihren Kohlenreichtum, daß die derzeitige Förderkapazität technisch sicher und der Einsatz von Braunkohle wirtschaftlich konkurrenzlos günstig noch für viele Jahrzehnte aufrechterhalten bleiben kann. Vorausset-

druck davon gewinnen, welche technischen Anstrengungen zur rationellen und sicheren Braunkohlengewinnung notwendig sind. Mit dem Aufschluß des Tagebaus Bergheim wurde am 3. Februar 1984 begonnen. Bereits im gleichen Jahr wurde die Kohlenförderung aufgenommen. Dieser Tagebau dient als Anschlußtagebau für die auslaufenden Tagebaue Vereinigte Ville und Frechen und unterstützt die seit 1985 stark zurückgehende Förderung des Tagebaus Fortuna-Garsdorf. Derzeit sind je zwei Schaufelradbagger mit einer Tagesleistung von 70000 Kubikmeter und einer Tagesleistung von 100000 Kubikmeter eingesetzt. Zur Zeit arbeitet nur ein Bagger in der Kohlen Gewinnung. Derzeit ist der Tagebau Bergheim der einzige Tagebau,

den werden. Die Rekultivierung des Tagebaus soll im Jahr 2001, fünf Jahre nach Ende der Kohlen Gewinnung, abgeschlossen sein. Während der Befahrung erhielten die Ausschlußmitglieder des weiteren einen Einblick in das Rettungswesen von Rheinbraun, das unter anderem über straßen- und geländegängige Kranken- und Verletztentransportfahrzeuge verfügt. Die Fahrzeuge entsprechen dem allgemeinen Standard, sind aber darüber hinaus mit den speziellen Gegebenheiten angepaßten Geräten, zum Beispiel zum Abseilen von Verletzten aus großer Höhe von Tagebaugeräten, Vakuummatratzen zum Bergen und Transportieren von Verletzten in engen Räumen oder volumengesteuerten Beatmungsgeräten ausgestattet. Außerdem wurde die Ausrüstung des Immissionsmeßwagens demonstriert.

Beherrschende Themen der Ausschlußsitzung waren die Entwicklung der Unfallhäufigkeit sowie arbeitsmedizinische und ergonomische Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitssicherheit und im Interesse der Gesundheit der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau. Die Zahl der Betriebsunfälle je eine Million Arbeitsstunden ging von 34,7 Unfällen im Jahr 1975 auf 21,4 Unfälle im Jahr 1985 zurück. Das entspricht einer Senkung der Unfallziffer um etwa 38 Prozent. In diesen Unfallzahlen sind auch Wegeunfälle und Unfälle von in Tagebauen tätigen Fremdunternehmen mit erfaßt. Der positive Trend scheint auch für das Jahr 1986 anzuhalten. Überschattet wird diese Entwicklung von der Tatsache, daß in 1984 und 1985 je ein tödlicher Unfall zu beklagen war.

Der Ausschluß ging näher auf zwei Unfälle ein, die sich im laufenden Jahr ereigneten und bei denen jeweils mehrere Personen zu Schaden kamen. Die Unfälle sind durch das Bergamt Köln untersucht worden. Dabei wurde festgestellt, daß ein Personentransportfahrzeug auf einer unbefestigten Betriebsstraße bei glatter Fahrbahn ins Schleudern gekommen, gegen eine begrenzende Böschung geprallt und umgestürzt war. Der andere Unfall ereignete sich in einer Werkstatt, als an einem festinstallierten Gasbrenner zum Erwärmen großer Maschinenteile nach Öffnen des Gasventils das ausströmende Gas zu spät gezündet wurde und - da bereits ein großes Gasvolumen ausgeströmt war - abflamte.

Auf dem Gebiet der angewandten Arbeitswissenschaften wurde am Beispiel der Entwicklung eines Schwingsitzes für Erdbaumaschinen dargelegt, daß wesentliche Minderungen von Schwingungsbelastungen erreichbar sind. Solche Sitze werden bei Rheinbraun inzwischen serienmäßig eingesetzt und allgemein von drei Fahrzeugausstattungsfirmen angeboten. Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungsarbeit ist eine entsprechende bereitwillige Mitarbeit der Belegschaft. Umfangreiche Aktivitäten auf dem Gebiet der Angewandten Arbeitswissenschaft, der Arbeitsmedizin und der Ergonomie tragen dazu bei, daß die Arbeitssicherheit ständig verbessert wird, was an der Entwicklung der Unfallzahlen abzulesen ist. Dies gelingt nur bei tatkräftiger Unterstützung durch betriebliche Führung, Engage-

Fortsetzung Seite 19



Lärmschutzkapseln an den Antrieben der Abraumbandanlage vom Tagebau Hambach zum Tagebau Fortuna.

Foto: Rheinbraun

zung dafür ist, daß der bei der Förderung unumgängliche, vorübergehende Eingriff in die Landschaft unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Umwelt erfolgt, aber auch bei Rücksichtnahme auf deren Schutzinteressen der Braunkohlenabbau möglich ist.

Der Braunkohlenbergbau stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor im Städtedreieck zwischen Köln, Mönchengladbach und Aachen dar. Derzeit bietet Rheinbraun etwa 17000 Arbeitsplätze. Insgesamt sind etwa 40000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Braunkohlenbergbau abhängig.

Die Ausschlußmitglieder konnten während der Befahrung einen überzeugenden Ein-

druck davon gewinnen, welche technischen Anstrengungen zur rationellen und sicheren Braunkohlengewinnung notwendig sind. Mit dem Aufschluß des Tagebaus Bergheim wurde am 3. Februar 1984 begonnen. Bereits im gleichen Jahr wurde die Kohlenförderung aufgenommen. Dieser Tagebau dient als Anschlußtagebau für die auslaufenden Tagebaue Vereinigte Ville und Frechen und unterstützt die seit 1985 stark zurückgehende Förderung des Tagebaus Fortuna-Garsdorf. Derzeit sind je zwei Schaufelradbagger mit einer Tagesleistung von 70000 Kubikmeter und einer Tagesleistung von 100000 Kubikmeter eingesetzt. Zur Zeit arbeitet nur ein Bagger in der Kohlen Gewinnung. Derzeit ist der Tagebau Bergheim der einzige Tagebau,

in dem Braunkohle solcher Qualität gefördert wird, daß sie zur Veredelung in Form von Brikettierung, Verkokung oder Vergasung geeignet ist. Absetzer sind in diesem Tagebau selbst bisher nicht eingesetzt. Der gesamte Abraum wird an einer Bahnverladeanlage mit einer Kapazität von zweimal 100000 Kubikmeter je Tag auf Züge der rheinbrauneigenen Nord-Süd-Bahn übergeben und über eine Entfernung von etwa 21 Kilometer zum Tagebau Frechen transportiert und dort zur Restlochverfüllung verwendet. Ein Teil des Abraums soll später auch zur Verfüllung des Restlochs des Tagebaus Fortuna-Garsdorf Verwendung finden. Im Tagebau Bergheim selbst soll mit der Verkipfung 1990 begon-

Auch hierzulande mehr Privatleute zur Förderung der Kultur anregen

Das kulturelle Stiftungswesen und Mäzenatentum und das Zusammenwirken von privatem Engagement und öffentlichen Stellen war Schwerpunkt des gedrängten Besuchsprogramms, das eine Kommission des Kulturausschusses unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Dr. Albrecht Beckel (CDU) in Wien und in der Schweiz absolvierte. Anlaß zu dieser Informationsreise war auch die vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Regierungserklärung angekündigte Gründung einer landeseigenen Stiftung (für Naturschutz, Heimat und Kulturpflege).

Gerade die mit ihrer besonders ausgeprägten Stiftungslandschaft versehene Schweiz, in der sich die Kommission des Kulturausschusses vorwiegend aufhielt, bot eine Vielzahl von Beispielen kultureller Förderung, die in der Gründung von Stiftungen – teils rein privat, teils staatlich oder mit staatlicher Beteiligung organisiert – oder in anderen, vielfach privaten Initiativen ihren Niederschlag gefunden hat. Bei ihren Begegnungen in der Schweiz mit Parlament, Regierungen, Bundeskulturamt, Stiftungen und sonstigen privaten Kulturförderern stieß die Kommission immer wieder auf die hochaktuelle kulturpolitische Diskussion um eine „Eidgenössische Kulturinitiative“ und einen Gegenvorschlag der Parlamente, worüber Ende September 1986 durch Volksabstimmung entschieden werden soll. Während die von Kunst- und Kulturschaffenden getragene Initiative eine verfassungsmäßige Verankerung einer Kulturkompetenz des Bundes vorsieht, für die diesem jährlich ein Prozent des Haushalts („Kulturprozent“) zur Verfügung stehen sollte, unterstreicht der Gegenvorschlag der Bundesversammlung, der sich für eine verfassungsmäßige Ergänzung in Form einer Kann-Bestimmung ausspricht, mehr den subsidiären Charakter des Bundes.

Beiden Vorlagen wurde von den unterschiedlichen Gesprächspartnern wenig Aussicht auf Erfolg eingeräumt, da in der sehr föderalistisch organisierten Schweiz mit ihren 26 auf Wahrung ihrer autonomen Rechte bedachten Republiken (Kantonen) die zentrifugalen Kräfte sehr stark seien.

Andererseits wäre es, wie die nordrhein-westfälischen Landespolitiker weiter erfahren, dem Bund in der jetzigen Situation nicht möglich, dem verstärkten Ruf nach Schaffung besserer steuerlicher Anreize für private Kulturförderer zu entsprechen, eben weil er keine verfassungsmäßig verankerte Kulturkompetenz hat. Dennoch betreibt der Bund in nicht geringem Maße (etwa 1/3 Anteil an der gesamten öffentlichen Förderung) Kulturförderung und stützt sich, zum Beispiel bei der von ihm getragenen öffentlich rechtlichen Kulturstiftung PRO HELVETICA juristisch auf seine verfassungsmäßige Aufgabe zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt.

Diese bedeutende Kulturstiftung war auch die erste Anlaufstelle der Kommission in der Schweiz. Zu ihren gesetzlich verankerten Aufgaben, die die Kulturförderung im Inland und den Kulturaustausch mit dem Ausland



Im Garten der Bibliotheca Bodmeriana/Fondation Martin Bodmer in Genf-Colony: Auf die Ausschußmitglieder und ihre Begleiter wartet ein besonderes Erlebnis, der Besuch in einer Sammlung internationalen Ranges mit kostbaren Originalschriften und seltenen literarischen Erstausgaben.

umfaßt, zählt die Förderung des kulturellen Schaffens, gestützt auf die Verhältnisse in den Kantonen sowie in den Sprachgebieten und den Kulturkreisen. Der Präsident der Stiftung, Dr. Sigmund Widmer, der die Parlamentarier auch über die sie interessierenden Stiftungen informierte, wies darauf hin, daß es allein wegen der Mehrsprachigkeit einen Gesamtkulturbegriff in der Schweiz nicht gebe. In der Kulturförderung seien die Kantone relativ zurückhaltend. In den Städten werde die Kultur sehr unterschiedlich (je nach kultureller Bedeutung und Finanzkraft) gefördert. Während das Mäzenatentum in der Schweiz von jeher eine wesentliche Rolle spielt, gewinnt – wie in den verschiedenen Gesprächen deutlich wurde – das sogenannte Sponsoring im kulturellen Bereich (Förderung mit Werbung für den Geldgeber) zunehmend an Bedeutung. Das kulturelle Sponsoring wird insbesondere durch Banken betrieben, die sich zuerst nur auf den Sport konzentriert hatten.

Als größter privater Kulturförderer mit langjähriger Tradition gilt die Migros-Handelsunternehmung, das größte Detailhandelsunternehmen der Schweiz. Der Migros-Genossenschaftsbund, mit dessen Vertretern die Kommission zusammenkam, hat sich statuarisch verpflichtet, ein Prozent seines Großhandelsumsatzes („Kulturprozent“) für kulturelle und soziale Zwecke einzusetzen. So werden die bedeutenden Klubschulen, mit denen Migros gleichzeitig auch eine nationale Bildungsaufgabe übernimmt, M-Tourneen und viele andere kulturelle Aktivitäten, wie Klubhaus-Konzerte, Stipendien, sogenannte Vergabungen, finanziert. Nach dem Förderverständnis von Migros soll die Kulturvermittlung zweckfrei sein.

Die Studienreise hatte ihren Anfang in Österreich genommen. In Wien war das Besuchsziel die Stiftung Ludwig (des Aachener Sammlerehepaars Ludwig) beim Museum für Moderne Kunst. Außerdem wurden in Wien Kontakte zum österreichischen Bundesrat, zum Bundesdenkmalamt und zum Kulturausschuß der Stadt aufgenommen.

In der Schweiz informierte sich die Kommission bei folgenden Stiftungen über deren Entstehung, Organisation und Tätigkeit: Jubiläumsstiftung der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich, Sammlung Oskar

Reinhart (Besitz der Eidgenossenschaft) und Stiftung Oskar Reinhart (Besitz der Stadt) in Winterthur, Sammlung Ludwig (siehe Wien) beim Antiken-Museum in Basel, Stiftung Emanuel Hoffmann beim Museum für Gegenwartskunst in Basel, Paul-Sacher-Stiftung (Musikwissenschaftliches Institut) in Basel, Sammlung Paul Klee im Berner Kunstmuseum, Abegg-Stiftung (Textilien mit Restaurierungsausbildung und -werkstatt) in Riggisberg, Collection Baur (ostasiatische Kunst) und Bibliotheca Bodmeriana (Literatur) in Genf.

Abgerundet wurde das Programm durch die hervorragende Betreuung durch die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien und in Bern sowie die Generalkonsuln in Zürich und Genf. Nach den bei dieser Informationsreise gesammelten Erfahrungen bestand bei den Mitgliedern der Kulturausschußkommission Einigkeit darüber, daß in Nordrhein-Westfalen Schritte unternommen werden müßten, um Private mehr zur Kulturförderung zu animieren.

Grubenausschuß...

Fortsetzung von Seite 18

ment der Betriebsvertretung sowie tatkräftige Mitarbeit der Sicherheitsfachkräfte.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Willi Wessel, dankte in seinen Abschlußworten am Ende des Besuchs im Rheinischen Braunkohlenrevier für die freundliche Aufnahme und die Informationsbereitschaft. Der Besuch habe auch Gelegenheit gegeben, einen Eindruck von dem hohen Stand der Tagebautechnik, den Erfolgen der Unfallverhütung und den ernsthaften Bemühungen um den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu gewinnen. Er versicherte, daß sich die Ausschußmitglieder der Bedeutung des Braunkohlentagebaus am linken Niederrhein für die Versorgung mit kostengünstiger heimischer Energie bewußt sei. Er wünschte den Bergwerksunternehmen und seinen Beschäftigten viel Bergmannsglück zur Aufrechterhaltung der derzeitigen Förderkapazität bei weiter sinkenden Unfallzahlen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß dies im Konsens mit den Anforderungen des Schutzes von Natur und Umwelt möglich sei.

SPD-Fraktion

Bund blockiert EG-Mittel: NRW muß die Zeche zahlen

In einem Gespräch mit Parlamentariern der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament hat der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, den Eindruck gewonnen, „daß die Bundesregierung in Bonn ihre Schulaufgaben nicht gemacht hat“. In Brüssel erfuhr Farthmann, daß die Bundesregierung durch ihr Verhalten rund 250 Millionen Mark aus dem EG-Haushalt '86 blockiere. Diese Mittel seien für Umschulungen von Arbeitnehmern in der Kohle- und Stahlindustrie bereitgestellt worden. An diesem Beispiel offenbare sich erneut die feindliche Einstellung der Bundesregierung gegenüber Nordrhein-Westfalen, sagte Farthmann. Denn gerade dieses Land sei auf Hilfen im Montanbereich angewiesen.

In einem Gespräch mit den EG-Kommissaren Karl-Heinz Narjes und Alois Pfeifer wies Farthmann darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen ein existentielles Interesse daran habe, daß regionale Besonderheiten in den Beratungen und Beschlüssen der EG-Kommission und des EG-Parlaments berücksichtigt werden. Farthmann wies darauf hin, daß die in Nordrhein-Westfalen eingeleitete technologische Erneuerung erheblich gehemmt werde durch die Sonderlasten von Kohle und Stahl. Der heimische Steinkohlebergbau zum Beispiel sei aufgrund des Ausbaus der Kernenergie, der zur Zeit extrem billigen Importkohle, des Dollar-Verfalls, aber auch des abgestürzten Ölpreises unter erheblichen Druck geraten.

Übereinstimmend beklagten die Gesprächspartner in Brüssel, daß „das Geschenk des niedrigen Ölpreises“, wie Farthmann formulierte, nicht genutzt worden sei. Hier hätten enorme finanzielle Mittel zum Beispiel in die Erforschung alternativer Energien bzw. der Energieeinsparung gelenkt werden können. Farthmann, der von seinen Stellvertretern Gerhard Wendzinski und Rainer Maedge sowie dem Abgeordneten Erich Heckelmann begleitet wurde, kündigte an, daß seine Fraktion die in Brüssel geknüpften Kontakte vertiefen werde. Das neugeschaffene NRW-Büro bei der EG könne dabei ein hilfreicher Partner sein. Es komme darauf an, die Position Nordrhein-Westfalens auf dem europäischen Markt zu festigen und auszubauen.

★

Nach Beginn der Bund-Länder-Gespräche über die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs hat der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Heinz Schleußer CDU und F.D.P. im Landtag aufgefordert, ihren Einfluß im Interesse des Landes geltend zu machen. Es müsse erreicht werden, daß die von Nordrhein-Westfalen zu tragenden Sonderlasten angemessen bei der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen berücksichtigt würden.

CDU-Fraktion

Hochschulpolitische Blockade der SPD

Der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Gerhard Rödding, hat am 23. September 1986 vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf auf die hochschulpolitischen Zukunftsaufgaben hingewiesen, die im nächsten Jahrzehnt auf das Land Nordrhein-Westfalen zukommen und an deren Ende eine veränderte Hochschul Landschaft stehen wird.

Nach Auffassung der CDU folgt der Ausbau- und Expansionsphase der siebziger Jahre, in der Johannes Rau als Wissenschaftsminister manche Zeit- und Modeerscheinung mitzuverantworten hat, bereits gegenwärtig statt einer Konsolidierungs- eine Schrumpfungphase, ohne daß die Landesregierung hierfür irgendwelche Strukturkonzepte entwickelt und mit den Hochschulen abgestimmt hätte. Das Diktat der leeren Kassen zwingt das Land seit Jahren, im Bildungssektor vor allem über Stelleneinsparungen zu einer Reduzierung der Ausgaben zu kommen. Die Belange der Hochschulen bleiben dabei auf der Strecke, denn noch immer ist eine deutliche Überlast zu bewältigen, und mit der wissenschaftlichen Weiterbildung sowie der Verstärkung der Forschungsanstrengungen kommen neue Herausforderungen auf die Universitäten zu. Andererseits besteht jedoch Einigkeit mit den Hochschulen darüber, daß angesichts sinkender Studienanfängerzahlen, eines veränderten Studienverhaltens und weiterhin schlechter Beschäftigungschancen vieler Hochschulabsolventen die Hochschulen in den neunziger Jahren nicht mehr an bestimmten Einschnitten und Veränderungen vorbeikommen.

Die CDU hat schon bei den Konzentrations- und Neuordnungsmaßnahmen der Wissenschaftsminister Schwier und Krumsiek ein mit den Hochschulen abgestimmtes Konzept gefordert, ohne daß dieser Forderung aber Taten der Landesregierung gefolgt wären. Wer wie die Regierung Rau den Fahrplan für Einsparungen oder Umschichtungen vom Finanzminister bestimmen und die Hochschulen damit im Regen stehen läßt, leistet keinen Beitrag zur Hochschulplanung und -gestaltung. Was erforderlich ist, ist ein Strukturplan, der es den Hochschulen ermöglicht, durch Umorientierung, Kooperation und Schwerpunktbildung ein neues Profil zu gewinnen und im Wettbewerb miteinander zu bestehen. Wie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 1 der CDU-Fraktion zur Hochschulplanung aber beweist, hat die SPD-Regierung hierfür noch keinerlei konkrete Vorstellungen entwickelt, wie und mit welchem Instrumentarium nämlich die zukünftige Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen gestaltet werden soll. Die CDU ist entschlossen, der Zukunftsblokade der SPD-Landesregierung nicht tatenlos zuzusehen, sondern durch eigene Anträge und Entwürfe – wie etwa zur Novellierung des WissHG – selbst Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die CDU fordert die SPD und die von ihr getragene Landesregierung auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und nicht länger durch Konzeptions- und Hilflosigkeit notwendige Maßnahmen zu blockieren.

F.D.P.-Fraktion

Kultusminister für Unterrichts- ausfall verantwortlich

Das westliche Münsterland war Ziel der F.D.P.-Landtagsfraktion bei ihrer Außensitzung am 30. 9. 86. In der Stadt Bocholt standen Gespräche mit Bürgermeister und Stadtdirektor über das Problem der Verkehrsanbindung und der Streckenstilllegung der Deutschen Bundesbahn im Vordergrund. Oberkreisdirektor Pingel informierte anschließend die Fraktion über die Wirtschaftssituation des Grenzlandkreises Borken. In Vreden standen ein Erfahrungsaustausch über Kulturpolitik im ländlichen Raum, über die biologische Station im Zwillbrocker Venn und die kulturhistorische Geschichte des westlichen Münsterlandes im Blickpunkt.

Wie ein modernes Unternehmen geführt werden kann, zeigte schließlich die Firma Kemper Umwelttechnik GmbH in Vreden, ein aufstrebendes mittelständisches Unternehmen mit 43 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 10 Millionen DM. Quintessenz dieses Besuches: Junge tüchtige Unternehmer brauchen keine staatlichen Subventionen.

Neben der Information vor Ort standen jedoch auch landespolitische Themen an, die in der Fraktion beraten wurden. Allen voran die jährliche Misere zu Beginn jeden Schuljahres, nämlich der Unterrichtsausfall an den Schulen in NRW. Allen Versprechungen des Kultusministers zum Trotz fallen auch dieses Schuljahr rund 125 000 Stunden Unterricht an den Schulen in NRW aus. Davon rund 75 000, weil Krankheiten, Mutterschaftsurlaub, Fortbildung etc. bei einer völlig unflexiblen Kultusverwaltung nicht zu schließende Lücken im Unterricht aufreißen. Rund 50 000 Stunden allerdings fallen aus, weil die notwendigen Lehrer für die entsprechenden Fächer fehlen. Bezeichnenderweise ausgerechnet in den Fächern, in denen qualifizierte Ausbildung heute besonders erforderlich ist, in den technischen Fächern, in Physik, in Chemie. Selbst zurückgehende Schülerzahlen und ein Überangebot von Lehrern vermag diese Kultusverwaltung nicht gewinnbringend für die Kinder an unseren Schulen zu nutzen. Dafür ist der Kultusminister in Person politisch verantwortlich.

Ein Dauerthema war natürlich auch die Neue Heimat. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, in einer Regierungserklärung während der nächsten Plenarsitzung die aktuelle Situation in NRW darzulegen. Mit kritischen Fragen nach der Beteiligung der Landesregierung an den Verkäufen, nach dem Fortbestand der Schadensersatzforderung des Landes gegen die Neue Heimat, der persönlichen Verantwortung der DGB-Manager und Aufsichtsräte wird die F.D.P.-Fraktion die Landesregierung nicht aus ihrer politischen Verantwortung und ihrer Aufsichtspflicht gegenüber der Neuen Heimat entlassen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Ausstellung und Buch zum Jubiläum: Blick zurück nicht ohne Stolz

Der Landtag stellt seine 40jährige Geschichte dar

Wichtige Impulse als Gesetzgeber und Kontrolleure, vor allem im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich, hätten sie im Laufe der 40 Jahre gegeben, bescheinigt Präsident Karl Josef Denzer den Abgeordneten des NRW-Landtags in seiner Bilanz „Vier Jahrzehnte Landtag“. Sie ist im Band 1 der neuen Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen enthalten, der den Abgeordneten in der ersten Plenarsitzungswoche nach der Sommerpause übergeben worden war. Denzer zeichnet die Entwicklung des Landesparlaments vom kompetenzlosen Organ der britischen Militärregierung in den Nachkriegsjahren bis zum heutigen Status als Zentrum der Landespolitik nach, wobei er auch das parlamentarische Instrumentarium auf seine Wirkung hinterfragt. Ein Beispiel: Die Kleine Anfrage, vor allem ein Mittel der Opposition zur Informationsbeschaffung, sei im Laufe der Jahre mehr zu einer Information der Regierung durch die Parlamentarier über lokale und regionale Mißstände geworden.

In einer Ausstellung des Landtags und in dem Band „40 Jahre Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen“ wird Landespolitik erstmals aus parlamentarischer Sicht dargestellt. Auch für die Fraktionen, die Schaltstellen parteipolitisch gebundener Ordnung im Parlament, war das Jubiläum Anlaß zur geschichtlichen Besinnung. Professor Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion, beginnt seinen Beitrag schlagwortartig mit dem Resümee „vom Notkabinett zur Alleinregierung“. Nicht ohne Stolz berichtet er von Stationen eines beispiellosen Strukturwandels, „ohne daß Nordrhein-Westfalen etwas von seiner ursprünglichen Kraft und Dynamik verloren hätte“. Dabei habe die SPD niemals bremsen wollen. Aber nach ihrer, von den Konservativen oft mißverstandenen Überzeugung müsse der Staat immer dann in den Produktionsprozeß und in das Marktgeschehen eingreifen, wenn Sozial- und Umweltbelange dies erforderten.

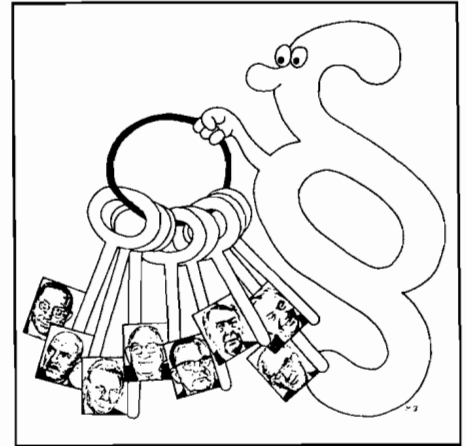
„Reformanträge“

Dr. Bernhard Worms, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hält die Fraktionsführung des ersten Fraktionsvorsitzenden Dr. Konrad Adenauer (1946-49) für prägend für die weitere Arbeit der CDU im Landtag und die „großen sozialwirtschaftlichen Reformanträge“ zur Entflechtung von Großunternehmen, Mitbestimmung, Wirtschaftslenkung und Transparenz von Besitzverhältnissen für besonders bedeutend. Für die Jahre der Opposition ab 1966 legt er die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation mit der Mehrheit in Landesinteressen und zur Konfrontation, „wo es nö-

tig schien“, dar. Er schließt seinen Beitrag mit einer Warnung, „vorgetragene Argumente nicht mit der Mehrheit der Mandate vom Tisch zu wischen“.

„Zwischen Anlaßmotor und Vierscheibenbremse“ betitelt Karl Fischer-Reichenberg seinen Beitrag über die F.D.P. „Eine Bilanz der zehn Landtagswahlperioden zeigt deutlich, daß die Freien Demokraten... mit insgesamt 22 Regierungsjahren länger mit an den Schalthebeln der Macht saßen als Christdemokraten und Sozialdemokraten“. Sie seien Mehrheitsbeschaffer und auch Stabilisierungsfaktor gewesen. Trotz besonderer Belastung ihrer Mitglieder aufgrund geringer Anzahl habe die Ausschubarbeit in der „Rollschuh-Fraktion“ nicht gelitten, stellt Fischer fest und zählt anschließend prominente Liberale auf, die aus dem „Talentschuppen“ NRW-Landtag hervorgegangen sind.

„Top Secret“ ist eines von rund einem Dutzend Dokumenten überschrieben, die durch Ausstellung und Abdruck nach ihrer Entdeckung in Londoner Archiven erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Im Vermerk des britischen Außenministeriums vom 6. Juni 1946 wird die Befürchtung angeführt, die „kleine Lösung“ Ruhrprovinz würde eine kommunistische Enklave hervorbringen. Den Stempel „Secret“ trägt das Dokument, mit dem am 19. Juli 1946 die Bildung des „Bindestrich-Landes“, die Einsetzung eines Kabinetts durch den Militärgouverneur und die Ernennung des Landtags verfügt wird. „Capital: Duesseldorf“ heißt es auch in der am gleichen Tag veröffentlichten Anordnung. Im ersten ernannten Landtag sollten die auf der Basis des letzten Weimarer Wahlergebnisses zusammengesetzten Repräsentanten aus



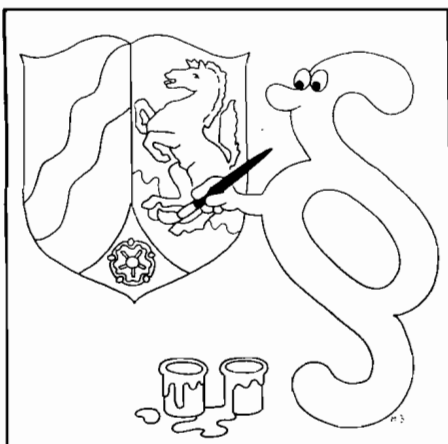
Der Gesetzgeber in den Augen des Grafikers Manfred Böhm, hier: Schlüsselübergabe an „die Hausherrn“, die Landtagspräsidenten.

Westfalen und der Nordrhein-Provinz gleich stark vertreten sein.

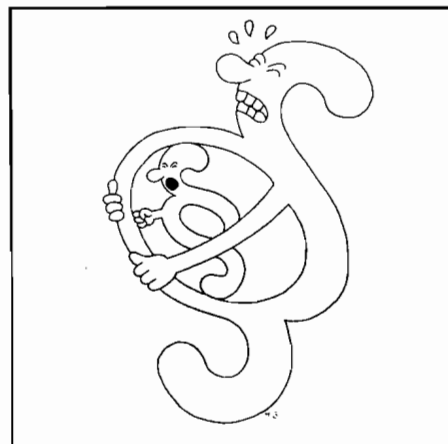
Der Jubiläumsband enthält außerdem leistungswerte Erinnerungen aus der Feder des früheren Ministerpräsidenten Heinz Kühn, Porträts der acht Landtagspräsidenten, Darstellungen der historischen Anbindung an die provinzielle Selbstverwaltung, des Verfassungsgerichtshofs, der Geschichte des Ständehauses und der Entstehung des Neubaus für den NRW-Landtag am Rheinufer. Mit der Aufzeichnung von Düsseldorf Stationen des früheren Bundeskanzlers Adenauer und der drei aus dem NRW-Landtag hervorgegangenen Bundespräsidenten Lübke, Heinemann und Scheel durch den FAZ-Korrespondenten Lothar Bewerunge wird ein Teil des „engen machtpolitischen Geflechts personifiziert, das zwischen dem NRW-Landtag und dem Deutschen Bundestag immer in höherem Maß bestanden hat“. (Interessanten erhalten den Band kostenlos bei der Presseabteilung des Landtags).

Die drei früheren Bundespräsidenten sind, in Lebensgröße nachgebildet von dem Düsseldorfer Künstler Till Hausmann, auch Blick-

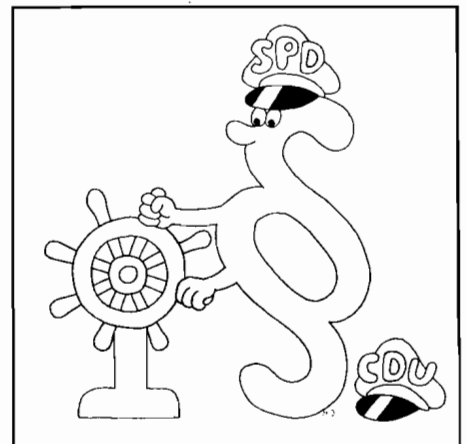
Fortsetzung Seite 22



Ein neues Land entsteht.



Die schwere Geburt einer Landesverfassung.



Machtwechsel am Rhein – SPD am Steuer.

Punktationen: Basis für Eingliederung Lippes

In diesem Jahr kann das Land Nordrhein-Westfalen sein 40jähriges Bestehen feiern. Aus heutiger Sicht betrachtet ist das Geburtsjahr unseres Landes sicherlich ein wichtiges Datum in der Geschichte der Bundesrepublik.

Doch daß dieser wichtige Neubeginn nicht sofort überall freudige Zustimmung fand, ist wohl verständlich, da es nun auch galt, ehemals selbständige Verwaltungseinheiten in die Strukturen des neuen Landes einzubinden.

Eine dieser ehemals selbständigen Verwaltungseinheiten war das Land Lippe, das durch die Verordnung Nr. 77 der Militärregierung seine Selbständigkeit verlor. Es wurde das Land Nordrhein-Westfalen am 21. Januar 1947 als Rechtsnachfolger des Landes Lippe eingesetzt.

Das Land Lippe konnte bis dahin auf eine 700jährige Geschichte zurückblicken, der Lippische Landtag auf eine beinahe 400jährige. Diese lange Tradition hatte dann auch zur Folge, daß die Bewohner des Landes Lippe sich nun einem „nicht gerade angenehmen Wechsel“ unterworfen sahen, wie es einmal ihr ehemaliger Landespräsident Heinrich Drake (SPD) formulierte.

Zeitzeichen der Landesgeschichte

Aus diesem Grund versuchte Drake auch früh, die Wahrung der Interessen des Landes Lippe bei Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen.

Es wurden Gespräche mit den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geführt. Teile der Bevölkerung waren eher für den Anschluß an Niedersachsen, doch mußte man bald feststellen, daß das Land Niedersachsen dem Land Lippe keinerlei Zugeständnisse in bezug auf die Verwaltung des ehemaligen Landesvermögens und die Erhaltung der kulturellen Einrichtungen machen würde, da man in Niedersachsen bei ähnlichen Verfahren bereits anders vorgegangen war und dem Land Lippe somit keine Sonderrechte einräumen konnte.

Dagegen konnte sich Drake mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Amelunxen, über gewisse Zugeständnisse einigen. Es wurden in den sogenannten Punktationen vertragliche Regelungen geschaffen, die eine Basis für die Eingliederung des Landes Lippe in das Land Nordrhein-Westfalen bedeuteten. Diese vorläufigen Abmachungen vom 18. Januar 1947 fanden später Einzug in der Präambel des Gesetzes, welches die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen regelte.

Die wichtigsten Punkte dieser Richtlinien sollen hier kurz wiedergegeben werden:

★ „Von seiten des Landes Nordrhein-Westfalen wird bei der Übernahme und Eingliederung des Landes Lippe in jeder Hinsicht großzügig und entgegenkommend verfahren werden. Auf (...) seine geschlossene Verwaltungseinheit soll

im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen jede erdenkliche Rücksicht genommen werden (1). Vor der Berufung des Regierungspräsidenten (...) wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auch Verhandlungen mit den Exponenten des Volkswillens in Lippe führen (5).

Lippe erhält zur Durchführung der ihm verbleibenden Aufgaben der Selbstverwaltung, zur Erhaltung von Landeseinrichtungen usw. das Recht zur Bildung eines Zweckverbandes oder einer ähnlichen, diesem Zwecke dienenden Verwaltungsform. Ihm werden hierfür alle möglichen Erleichterungen gewährt (6).“

Diese Punktationen wurden von Drake in einem Brief an Amelunxen als ein „gentleman agreement“ bezeichnet, „auf jeder Seite Personen als beste Persönlichkeit zu haben, die sich gerecht und unvoreingenommen in die Rolle des anderen zu versetzen vermögen.“ Der Begriff Punktationen wurde von Heinrich Drake gewählt. Er verstand darunter eine Art Treuegelöbnis.

Auf der Grundlage dieser Richtlinien wurden am 5. November 1948 die Gesetze über die Vereinigung des Landes Lippe mit dem Land Nordrhein-Westfalen und über den Landesverband Lippe im Landtag beschlossen. Sie konnten allerdings erst am 28. September 1949 in Kraft treten.

Führten diese Gesetze grundsätzlich nicht zu großen Auseinandersetzungen im Landtag von Nordrhein-Westfalen, da sich alle Fraktionen darüber einig waren, die kulturellen Belange dieser Region zu respektieren, wurden zumindest von der KPD-Fraktion in zwei Dingen immer wieder Zweifel angemeldet. Sie betrafen die zu zahlenden Renten an die Nebenlinien des ehemals lippischen Fürstenhauses und die Gründung des Landesverbandes Lippe als dauerhafte Einrichtung.

Der Abgeordnete Schabrod (KPD) äußerte sich dahingehend, daß der Landesverband Lippe alte, verstaubte, mittelalterliche Rechtsansprüche erfüllen würde.

Die Fraktion der CDU dagegen stimmte, vertreten durch ihren Abgeordneten Dr. Scholtissek, dem Gesetz, so wie es vom Verfassungsausschuß erarbeitet worden war, voll zu. Die von der KPD-Fraktion gehegten Zweifel sollten sich später als grundlos erweisen, wie Helmut Holländer, Verbandsvorsteher des Landesverbandes Lippe, 1974 feststellen konnte. Er sagte, „daß die Schaffung des Landesverbandes Lippe richtig war und es sich bei der Konstruktion des Landesverbandes auch heute nicht um ein historisches Relikt, sondern um ein modernes Instrumentarium handelt“.

Auswirkungen, die im Grunde noch auf dieses „gentleman agreement“ zurückzuführen sind, lassen sich auch heute noch feststellen. Die Augustische Familienstiftung des Gesamthauses Lippe strengte einen Rechtsstreit an gegen den Landesverband Lippe. Man forderte, die jährlichen Zahlungen von 3000 Mark auf 9000 Mark anzuheben. Dieser Rechtsstreit ist bisher noch nicht entschieden worden.

Rainer Ammerschuber

Jubiläumsausstellung ...

Fortsetzung von Seite 21

fang für die Besucher der Ausstellung „Vierzig Jahre Landtag NRW“.

Durch die Ausstellung führen 17 Leitbilder des Grafikers Manfred Böhm, die das Parlament als lebendigen Paragraphen darstellen. Je ein Bild symbolisiert eines von 17 Themen der Ausstellung und wird auf den folgenden Schautafeln wiederholt. Mitarbeiter der Landtagsverwaltung haben sich in monatelanger Zusammenarbeit mit Dokumentaren und Künstlern bemüht, parlamentarische Fakten, Personen der Landtagsgeschichte und Arbeitsschwerpunkte anschaulich zu vermitteln. Einprägsame Überschriften fesseln auch den flüchtigen Besucher. „Des Kanzlers Kö-Pilot“ heißt es zum Beispiel über den Ministerpräsidenten Franz Meyers (1958 bis 1966), der mit seiner CDU-Alleinregierung dem Bonner Bundeskanzler Adenauer gut ins Konzept paßte. Von der farbigen Persönlichkeit des SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Henßler zeugt ein Zitat des Ministerpräsidenten Heinz Kühn: „Seine Glatze sprühte Funken, wenn er Demagogie und Unwahrhaftigkeit begehrte.“

Heuss schickte Mahnung

Einzelheiten über die Stationen der Landtagsgeschichte und wichtige „Dauerbrenner“ der Landespolitik wie Schulfragen, Ruhrkrise, Gebietsreform können in dem die Ausstellung begleitenden Katalog nachgelesen werden. Sorgfältig sind verbindende Texte und Erklärungen in Kapiteln zusammengestellt, die das Geschehen von Wahlperioden beleuchten: „Der Weg aus dem Chaos“ – „Konsolidierung“ – „Noch trägt der Aufschwung“ – „Der Motor kommt ins Stottern“, das ist Geschichte, an die sich mancher noch aus eigenem Erleben erinnert. „Es gibt wieder Parteien“, das verdeutlichen die ausgestellten Wahlplakate aus vier Jahrzehnten. Daß sich die Parteien schon lange vor der Landesgründung, nämlich bereits ab Sommer 1945, neu bildeten, das wird durch Dokumente und antiquarische Druckerzeugnisse belegt, die in Vitrinen zu sehen sind.

Die Landtagsforscher haben auch Nebensächlichkeiten des politischen Alltags „ausgegraben“, die den Besucher zum Schmunzeln bringen. Aus Stuttgart erreichte im Jahre 1948 den Landtagspräsidenten Josef Gockeln ein Brief von Theodor Heuss, Bundespräsident von 1949 bis 1959, damals nebenberuflicher Parteipolitiker noch ohne staatliches Amt. Wegen „einer Anzahl von Verpflichtungen“, die zum Monatsbeginn fällig würden, mahnte der Geschichtspräsident freundschaftlich ein Vortragshonorar an. Gockeln entschuldigte die Verzögerung postwendend mit „Zurückhaltung unserer Finanzabteilung bei der Zurverfügungstellung von Barmitteln“ und teilte die Überweisung von 400 Mark mit.

★

Die Ausstellung „Vierzig Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen“ kann noch bis zum 17. Oktober 1986 im Ständehaus am Kaiserteich besichtigt werden (täglich 10 bis 16 Uhr, Führungen 15.30 Uhr, mittwochs auch 19 Uhr und zusätzlich auf besonderen Wunsch). Anschließend sind weitere Ausstellungsorte vorgesehen.



Zu einem ersten Informationsgespräch trafen sich die umweltpolitischen Experten der F.D.P.-Fraktion mit dem Landesvorstand der nordrhein-westfälischen Lebensmittelchemiker. Die Verbandsvertreter beklagten, Lebensmittelchemiker seien häufig Stiefkinder von Politik und Verwaltung. Dies zeige sich auch dadurch, daß die Tätigkeitsbereiche des Lebensmittelchemikers sowie der Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsämter ständig ausgehöhlt würden. Darüber hinaus müsse das Berufsbild des Lebensmittelchemikers festgelegt und die Ausbildung im Hinblick auf Umwelt- und Verbraucherschutz der heutigen technologischen Entwicklung angepaßt werde. Das Bild zeigt v. r.: Schatzmeister Dr. Vogel, 2. Vorsitzender Dr. Schneider und 1. Vorsitzender Dr. Ahrens mit der F.D.P.-Fraktion (v. l.: Michael Ruppert MdL, Friedel Meyer MdL und Fraktionsreferent Gerhard Raithe).

Architekturerbe...

Fortsetzung von Seite 7

malschutzgesetz eigentlich so seien, daß die übernommenen Verpflichtungen auch tatsächlich erfüllbar seien. Nach dem NRW-Denkmalenschutzgesetz sei eine Landesaufgabe auf Kosten der Gemeinden gelöst. Was werde da wohl aus den im europäischen Übereinkommen übernommenen Verpflichtungen? fragte Heimes.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) bekräftigte, die Zustimmung, mit der die Landesregierung eine hohe Verpflichtung eingehe, bedeute auch, daß man sich gerade in NRW Gedanken über neue Technologien zur Bekämpfung des Verfalls von Materialien und zur Restaurierung ganz allgemein machen müsse. Er wolle nicht die Überbetonung auf einen neuen Markt lenken. Aber es gebe gleichzeitig die Chance, bei über 100 000 arbeitslosen Bauarbeitern für viele neue Zukunftsperspektiven zu erschließen. Kuhl wandte sich dagegen, Originale um jeden Preis zu erhalten und mit Schildern „Bitte nicht berühren“ zu versehen. Erhaltung bedeute für ihn Benutzung der Originale.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Ludger Baumeister (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche

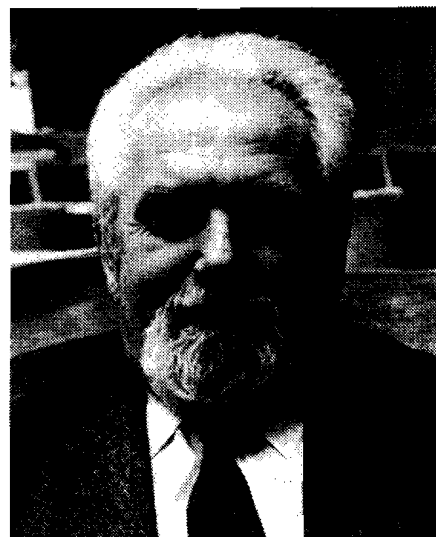
Für ihn war das erste Jahr der Zugehörigkeit im Düsseldorfer Landesparlament eine „Lehrzeit“ – eine „Lernzeit“ ist für den F.D.P.-Abgeordneten Friedel Meyer aus dem münsterländischen Westerkappeln jede Tätigkeit, gleich in welchem Amt und auf welchem Posten. So zählt denn auch der 57jährige Liberale nicht zu jenen Abgeordneten und Politikern, die für eine Schlagzeile „immer gut sind“. Mehr unauffällig versucht der langjährige Kommunalpolitiker seine politischen, insbesondere mittelständisch und landwirtschaftlich orientierten Anliegen durchzusetzen. Dabei hilft ihm sicherlich sein „liberales Naturell“.

Der gebürtige Osnabrücker trat nach Erlangung der mittleren Reife die Lehre als Elektroinstallateur im elterlichen Betrieb an, absolvierte die Gesellen- und Meisterprüfung und übernahm 1960 das Unternehmen von seinem Vater. Neben der Führung des eigenen Betriebes entfaltete Friedel Meyer auch mittelständische Aktivitäten in seiner Gemeinde. So gründete er 1976 mit anderen Unternehmern und Handwerksmeistern eine Interessengemeinschaft Handwerk, Handel und Gewerbe, deren Vorsitzender er ist. Sie sieht ihre Aufgabe darin, Westerkappeln über die Gemeindegrenzen hinaus als Einkaufsort attraktiv zu machen. Dazu zählen auch Fußgängerzonen.

1972 in die F.D.P. eingetreten, kandidierte der Münsterländer drei Jahre später für den Gemeinderat und holte seiner Partei auf Anhieb 35 Prozent der Wahlstimmen. Auch heute noch liegt die F.D.P. in der Kommune deutlich über dem Landesdurchschnitt. Seit 1979 ist der Freidemokrat erster stellvertretender Bürgermeister und setzt als Vorsitzender des Bauausschusses Akzente bei der gemeindlichen Planung. Wie im kommunalen Bereich plädiert Friedel Meyer auch in der Landesstraßen-Baukommission des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für eine Forcierung des Ausbaus von Fahrrad- und Fußgängerwegen. Einer besseren Infrastruktur des münsterländischen Raumes wegen darf es nach seiner Auffassung aber auch im Straßenbau keinen Stillstand geben. So seien die A 30 und A 31 für die wirtschaftliche Stärkung dieser Region besonders wichtig.

Der Bezirk Westfalen Nord seiner Partei, dessen stellvertretender Vorsitzender der Westerkappeler ist, nominierte ihn bei den letzten Landtagswahlen 1985 für die Landesliste, wo er dann auf den achten Platz kam – trotz Gegenkandidaten auf Bezirks- und Landesebene. Sein Engagement als Mittelständler dürfte den Ausschlag gegeben haben.

Die Fraktion berief ihren agrarpolitischen Sprecher in den Landtagsausschuß für



Friedel Meyer (F.D.P.)

Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Als stellvertretendes Mitglied arbeitet der Münsterländer im Petitions- und im Verkehrsausschuß sowie im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung. Schließlich gehört er der Baukommission an, die für den Landtagsneubau parlamentarisch verantwortlich ist.

Als agrarpolitischer Sprecher der Liberalen im Düsseldorfer Landesplenum tritt Friedel Meyer auch für Eigeninitiativen des Landes ein. Landwirtschaftspolitik müsse allerdings mehr sein als Feuchtwiesenprogramme, Ramsar, Gänserastplätze und Bergbauernprogramm. So fordert er von der Landesregierung ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept, das auch die Bonner Aktivitäten und die Fortentwicklung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben berücksichtigt.

Auf den Grundgedanken der Freiwilligkeit setzt der Liberale auch bei den Umweltschutzmaßnahmen im ländlichen Raum. Jeder Zwang im Zusammenhang mit Nutzungsänderungen des Bodens müsse vermieden werden. Und es dürfe nicht so weit kommen, daß das Land eines Tages der größte Grundbesitzer werde.

Der F.D.P.-Landtagsabgeordnete unterstützt die Orientierungslinien seiner Partei in der Agrarpolitik, die nach seinen Worten darauf gerichtet seien, durch attraktive finanzielle Angebote auf freiwilliger Basis das Ausscheiden auslaufender Betriebe zu erleichtern. Der Übergang vom Voll- zum Nebenerwerb sei durch Förderung von Erwerbsalternativen und steuerliche Maßnahmen zu unterstützen. Damit könnten den leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetrieben mittel- und langfristig Produktions- und Entwicklungschancen gewährleistet werden.

Bis es soweit sein wird, ist noch ein langer Weg, aber Zähigkeit war schon immer eine Eigenschaft von Friedel Meyer.

Jochen Juretko

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 14. Okt. bis 8. Nov. 1986

- 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 54 J.
- 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 47 J.
- 16. 10. **Klaus Stallmann** (CDU), 41 J.
- 17. 10. **Horst Steinkühler** (SPD), 50 J.
- 20. 10. **Karlheinz Bräuer** (SPD), 62 J.
- 23. 10. **Karl-Heinz Brülle** (SPD), 37 J.
- 28. 10. **Hermann Jansen** (SPD), 55 J.
- 4. 11. **Johannes Sondermann** (SPD), 56 J.
- 6. 11. **Brigitte Speth** (SPD), 42 J.
- 7. 11. **Gerhard Jacobs** (CDU), 48 J.
- 8. 11. **Ruth Hieronymi** (CDU), 39 J.

Wolfgang Vogt, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, ist mit 374 von 412 Stimmen zum neuen Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Vogt war bisher Chef der rheinischen CDA. Seine Wahl erfolgte bei einer Delegiertenversammlung in Essen, bei der sich die beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen zu einer Organisation zusammenschlossen.

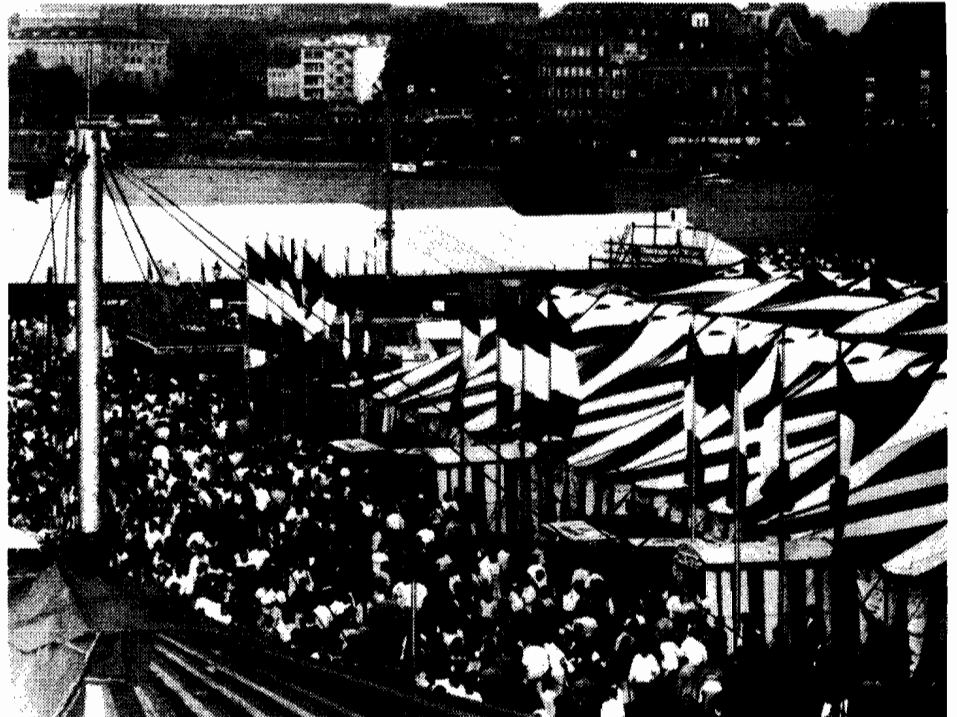
★

Babette Anthöfer, viele Jahre lang bei der Lufthansa tätig, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden, das ihr Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) überreichte. Frau Anthöfer unterstützt seit 1973 die Bildungs- und Sozialstation „Colegio Ave Maria“ in La Paz/Bolivien. In dieser Station werden Kinder der Armen betreut und ausgebildet. Frau Anthöfer ist es zu verdanken, daß viele Lufthansa-Mitarbeiter Kontakte zum „Colegio Ave Maria“ haben.

★

Heinrich Sondermann, Kulturdezernent der Stadt Dortmund, ist im Alter von 58 Jahren verstorben. In seiner Amtszeit als Dortmunder Oberbürgermeister von 1969 bis 1973 war er Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein Festzug in dieser Form sei in der Geschichte des Landes und darüber hinaus noch nicht dagewesen. Diese Feststellung traf der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig nach dem Nordrhein-Westfalen-Fest vor dem Hauptausmarsch des Landtags. Tatsächlich drängten sich über 1,3 Millionen Besucher am 20. und 21. September in Düsseldorf's Straßen beim Fest zum 40. Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen. Bei seiner Eröffnungsrede sagte Ministerpräsident Johannes Rau, das Motto „Wir in Nordrhein-Westfalen“ setze sich durch. Das Bild zeigt Besucher am Nordrhein-Westfalen-Zelt auf den Oberkasseler Rheinwiesen. Foto: Schüller

Versöhnlichkeit

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, versah seinen Beitrag in einer Themenausgabe „Parteiendemokratie“ der Zeitschrift „Das Parlament“ mit dem Titel: „Versöhnlichkeit zeigen“. Er bezieht sich als einer von 43 namhaften Autoren zu Problemen wie Parteiverdrossenheit, Fraktionszwang, Mehrheitsentscheid, Mediendemokratie auf einen Buchtitel „Politik und Anmut“, in dem die überredende Anmut der Göttin Athene beim Kampf gegen die Rachegeister der Erinyen als beispielhaft für demokratisches Verhalten dargestellt wird. Der „Einmütigkeitsfetischismus“ von heute breite sich wie eine Seuche bis in die Kommunalparlamente aus und gefährde die einheitsstiftende Kraft des demokratischen Umgangs. Im Hinblick auf den Wahlkampf meint Schultz-Tornau, die in Form und Inhalt auszudrückende Bereitschaft zur Versöhnlichkeit dürfe nicht ersticken, wenn Demokratie als Lebensform in Herz und Verstand der Bürger verwurzelt bleiben solle.

Grünes Licht für drei weitere Auszubildende

Bei der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalens werden seit dem Sommer 1985 drei Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten ausgebildet. Angesichts des Lehrstellenmangels und aufgrund positiver Erfahrungen hat der Präsident des Landtags Karl Josef Denzer jetzt grünes Licht für den Einstieg von drei weiteren Auszubildenden für den Sommer 1987 gegeben. Die Ausbildung erfolgt unter anderem in den Bereichen Organisation, Verwaltungstechniken, Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie Personalwesen und befähigt zur Übernahme von Verwaltungsaufgaben im Bereich des mittleren Dienstes der allgemeinen inneren Verwaltung. Bewerbungen sind bis zum 15. November 1986 zu richten an den Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Personalreferat, Ständehausstraße 1, 4000 Düsseldorf.

Kleine Geschichte des Landes NRW

Professor Walter Först, vielen aus seiner Zeit als WDR-Journalist bekannt, hat rechtzeitig zum Landesjubiläum eine Lücke gefüllt, indem er eine Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens verfaßte. Sie kann nach seinen eigenen Worten nicht das umfassende Werk ersetzen. Aber sie erleichtert dem interessierten Bürger den Einstieg in die 40jährige Historie dieses so jungen Bundeslandes. Först bekennt dabei, daß eine kleine Geschichte die oft schwierig zu ziehende Grenze zwischen Geschichte und Politik zu finden habe, die häufig unter dem Begriff der Zeitgeschichte fließend werde. Doch seine Bilanz ist objektiv, kontrastreich und anschaulich. Vier Jahrzehnte ziehen auf 196 Seiten Text vorbei. e.h.
(Walter Först, Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens, Droste-Verlag, 14 DM)